

Der Konflikt um Kuwait: Vorgeschichte, Verlauf und Lösungsansätze

Billing, Peter; Trautner, Bernhard J.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Billing, P., & Trautner, B. J. (1990). *Der Konflikt um Kuwait: Vorgeschichte, Verlauf und Lösungsansätze*. (HSFK-Report, 8/1990). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95711-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report 8/1990



HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

Peter Billing / Bernhard J. Trautner

Der Konflikt um Kuwait.
Vorgeschichte, Verlauf und
Lösungsansätze.

HSFK-Report 8/1990

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Frankfurt am Main

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT
FORSCHUNG**

Peter Billing / Bernhard J. Trautner

Der Konflikt um Kuwait.
Vorgeschichte, Verlauf und
Lösungsansätze.

HSFK-Report 8/1990
Dezember 1990

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autoren:

Peter Billing / Bernhard J. Trautner
Heidelberger Institut für Friedens- und Konfliktforschung e.V.
Wielandstr. 1
6900 Heidelberg

ISBN 3-926197-82-X

DM 12,00

ZUSAMMENFASSUNG

Im Anschluß an eine detaillierte Analyse der **zeitgeschichtlichen Hintergründe** des Konfliktes und seiner **Einbettung in das regionale Spannungsfeld** diskutiert die vorliegende Arbeit auf der Grundlage konflikttheoretischer Forschungsansätze systematisch Szenarien für eine politische Konfliktlösung. Die Voraussetzungen für eine solche Lösung - so unsere **Annahme** - werden dabei von drei Determinantenfeldern bestimmt: Von der **Konfliktstruktur und -konstellation**, von der **Art und Identität eines potentiellen Vermittlers** und von der **Verhandlungs- und Vermittlungsstrategie**, wobei der Konfliktkonstellation primäre Bedeutung beizumessen ist, Vermittler und Vermittlungsstrategie eher von nachgeordnetem Rang sind.

Aus der Vorgeschichte des Konflikts wird deutlich, daß die **Rechtmäßigkeit** der historisch begründeten Ansprüche des Irak auf Kuwait bezweifelt werden kann. Allenfalls bei der **Grenzziehung** ergeben sich offene Fragen. Die Vorgeschichte zeigt ferner, daß das Emirat mehrfach - 1961, 1973 und 1975 - Gegenstand krisenhafter Zuspitzungen zwischen Irak und Kuwait war. 1963 erkannte der Irak die **Souveränität Kuwaits** ausdrücklich an.

Entscheidendes Kriterium bei der Suche nach Möglichkeiten, den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen, ist nach Ansicht der Autoren das **Kosten-Nutzen-Kalkül** der beteiligten Konfliktparteien. Auf Saddam Hussein angewendet würde dies bedeuten, daß einerseits die Kosten für die fortgesetzte Okkupation Kuwaits in die Höhe getrieben werden müssen. Dies wird derzeit mit den UN-Sanktionen und mit dem multinationalen Truppenaufmarsch gegen den Irak versucht. Gleichzeitig muß dieser politisch-militärische Druck von positiven Anreizen zum Einlenken begleitet werden. Das Gesprächsangebot Präsident Bushs ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Die Palette des möglichen Verhandlungsspielraums reicht dabei von der Bereitschaft, über einen Schuldenerlaß (der Irak ist infolge des Golf-Krieges gegen Iran hochverschuldet) zu reden, über die **Abtretung bzw. Verpachtung** der Kuwait vorgelagerten Inseln Bubijan und Warba, Konzessionen bei der Ausbeutung des an der Grenze zu Irak gelegenen Rumailah-Ölfeldes, bis hin zu einer Teilung des Landes oder einer Verknüpfung der Lösung der Kuwait-Frage mit dem Problem der Räumung der von Israel besetzten Gebiete, wie von Saddam Hussein vorgeschlagen und vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand in seinem 4-Punkte-Plan vor der UNO-Generalversammlung in modifizierter Form aufgegriffen wurde.

Als Preis für die vom Westen mitverantwortende Aufrüstung des Irak, die die jetzige Krise erst möglich gemacht hat, erscheinen begrenzte Konzessionen an den Aggressor zumindest diskussionswürdig. Alle diese Vorschläge würden es Saddam Hussein gestatten, sich **ohne Gesichtsverlust** aus der Affäre zu ziehen, da er seinem Volk wenigstens einen Teilerfolg vorweisen könnte. Gleichzeitig könnte Präsident Bush für sich reklamieren, mit **vergleichsweise minimalen Zugeständnissen** eine **politische Lösung** herbeigeführt zu haben.

Ob sich der **Vorschlag** einer Verknüpfung des Palästina-Problems mit der Kuwait-Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt als praktikabel erweisen kann, ist indessen mehr als fraglich, da eine friedliche Konfliktlösung auch der anderen Konfliktpartei mit US-Präsident Bush an der Spitze eine Gesichtswahrung

erlauben müßte. Dieser hat selbstverständlich die Interessen Israels als Hauptverbündetem der USA in der Region in Rechnung zu stellen. Diesem Plan des irakischen Aggressors zuzustimmen, kann daher gegenwärtig nicht vom US-Präsidenten verlangt werden. Langfristig könnte sich allerdings aus Gründen der Glaubwürdigkeit der UNO und des Westens die Sachlage verschieben.

Auf der Basis von Studien des amerikanischen Politologen William Zartman ergibt sich ein günstiger Zeitpunkt für eine Konfliktlösung,

- a) wenn sich die Konfliktparteien in einer für beide Seiten schmerzlichen Pattsituation befinden,
- b) wenn ihnen die bevorstehende Katastrophe bewußt wird bzw. wenn sie ein erstes Kräftemessen bereits hinter sich haben, oder
- c) wenn sich die Kräfteverhältnisse zuungunsten des Aggressors verschieben.

Das Bewußtsein einer bevorstehenden Katastrophe könnte durch das Ultimatum geschärft werden, das beide Seiten gleichermaßen unter Erfolgsdruck setzt. Eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zuungunsten Iraks schließlich könnte sich ergeben, wenn es der multinationalen Anti-Husseini-Koalition gelänge, auch die wenigen pro-irakischen Staaten wie Jemen, Jordanien oder den Sudan auf ihre Seite zu ziehen. Dies erscheint gegenwärtig allerdings eher unwahrscheinlich.

Im Hinblick auf die Frage des geeigneten Vermittlers gelangen die Autoren zu der Ansicht, daß ein Vermittler neben bestimmten Eigenschaften wie Sachverstand, Glaubwürdigkeit, Kommunikationsfähigkeit, materielle bzw. ideelle Autorität ein relativ hohes Maß an Unparteilichkeit aufweisen muß, um von den Konfliktparteien akzeptiert zu werden. Im vorliegenden Fall werden die Vorzüge und Nachteile einer Reihe von potentiellen Vermittlern diskutiert, darunter die UNO, die Arabische Liga, Jordanien, Frankreich und die Sowjetunion.

Im Anschluß daran wird eine Reihe von Vermittlungstechniken vorgestellt.

Die Autoren plädieren neben der skizzierten Doppelstrategie von politisch-militärischem Druck und Anreizen für einen Rückzug aus Kuwait als kurzfristigen Lösungsansatz in einer mittel- bis langfristigen Perspektive für die Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in der Region, um unberechenbare Diktatoren vom Schlage eines Saddam Hussein in ihre Schranken weisen zu können. Dies könnte nach einem eventuellen Rückzug aus Kuwait mit Hilfe einer von UNO-Blauhelmen kontrollierten Pufferzone um die gefährdeten Gebiete - also auch an der Grenze zu Saudi-Arabien und Jordanien - erfolgen. Dabei wäre aus Rücksicht auf arabische Empfindlichkeiten darauf zu achten, daß nach Möglichkeit keine Truppen aus westlichen Industrienationen in der Region stationiert werden. Mehr denn je sind auch aktive Lösungsinitiativen für das Palästinenser-Problems erforderlich, denn in der Tat unterminiert es auf Dauer die Glaubwürdigkeit der UNO, wenn ihre Resolutionen auf der einen Seite mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden und auf der anderen Seite nahezu Untätigkeit herrscht. Für die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens muß andererseits als Fernziel die umfassende Neuorientierung der regionalen Staatenordnung im Sinne einer Entschärfung der regionalen, in der Kolonialzeit verstärkten und danach von den lokalen Akteuren teilweise instrumentalisierten Konfliktpotentiale (Grenzziehung, mangelnde Legitimation der Herrschaftsordnung, ungleiche Verteilung ökonomischer Macht) ins Auge gefaßt werden. Für die Staaten

...

des Nahen Ostens ergibt sich die Notwendigkeit einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung, damit sie einen Lebensstandard erlangen, der nicht nur den Emiren und Scheichs, sondern auch der breiten Masse der meist verarmten Bevölkerung Prosperität sichert. Bei all diesen Lösungsansätzen ist allerdings auf den unterschiedlichen Zeithorizont zu achten, den ihre Durchsetzung erfordert.

Fernziel für die Industriestaaten muß es sein, sich durch entsprechende Einsparungen weniger abhängig vom Ölimport aus der Region zu machen, womit auch der "Zwang" zur Intervention geringer würde. Gleichzeitig ist ein neuer Verhaltenskodex im Hinblick auf die Waffenexportpolitik der Ersten und Zweiten Welt erforderlich.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß eine politische Lösung möglich ist, ohne daß Saddam Hussein allzu viel Gewinn aus seiner Aktion zieht. Ob militärische Drohungen allein ausreichen werden, Saddam Hussein zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen, ist zweifelhaft. Um begrenzte Zugeständnisse an Saddam Hussein - etwa im Streit um die Inseln oder in der Schuldenproblematik - wird man nicht herumkommen. Angesichts der schwerwiegenden politischen Fehler, die von den Industriemächten in den vergangenen vier Jahrzehnten in der Region begangen wurden, ist dieser Preis allerdings nicht zu hoch.

Inhalt

	Seite
Zusammenfassung	i-iii
1. Einleitung	1
2. Der Konflikt	2
2.1. Historische Hintergründe	2
2.2. Die Krise von 1961	3
2.3. Die Krise von 1973	6
2.4. Der Kuwait-Konflikt vor dem Hintergrund der iranisch-irakischen Auseinandersetzungen in der Golfregion	7
3. Vom latenten Konflikt zur Konfrontation: Die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen	8
4. Internationale Reaktionen	10
5. Lösungsperspektiven	17
5.1. Konfliktstruktur und -konstellation	19
5.2. Die Wahl des richtigen Vermittlers	23
5.3. Strategie und Taktik des Vermittlungsprozesses	26
6. Resümee	29
7. Anmerkungen	31
8. Bibliographie	

Für die redaktionelle Mitarbeit danken wir Thomas Göttel M.A.

1. Einleitung

Der Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait am 2. August 1990 und die anschließende Annexion des Scheichtums weitet den seit der Unabhängigkeit Kuwaits schwelenden Konflikt angesichts der wirtschaftlich eminent wichtigen Bedeutung der Region und ihrer Erdölressourcen auf die internationale Ebene aus und eskaliert ihn bis an die Schwelle eines Krieges.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt deuten nahezu alle Anzeichen auf eine militärische Auseinandersetzung hin. Weder die USA noch der Irak scheinen bereit, von ihren Grundforderungen abzuweichen. Für die USA und den Großteil der Weltöffentlichkeit besteht die Mindestvoraussetzung für eine friedliche Lösung des Konfliktes in einem vollständigen, bedingungslosen Abzug der irakischen Truppen aus dem besetzten Gebiet und einer Wiedereinsetzung der vorherigen Regierung unter Emir *Dschaber al-Ahmad al-Dschaber as-Sabah* an der Spitze. Eben hierzu ist der Irak aber nicht bereit. Diktator Saddam Hussein fordert vielmehr seinerseits den Abzug aller fremden Truppen aus Saudi-Arabien, die Verbindung der Kuwait-Frage mit dem Problem der durch Israel besetzten Gebiete und die Lösung des Libanon-Problems als Voraussetzung für eine Beendigung des Konfliktes.

Ausgehend von der Prämisse, daß ein Krieg angesichts der bisher unvereinbaren Grundpositionen der Konfliktparteien und angesichts des in der Region mittlerweile angesammelten Zerstörungspotentials auf beiden Seiten nur Verlierer hinterlassen würde, will die vorliegende Arbeit ausloten, ob und welche Lösungsmöglichkeiten es in diesem Konflikt geben kann, d.h. ob zwischen einer mehr oder weniger resignierenden Hinnahme der irakischen Aggression und einem für alle Beteiligten abträglichen Krieg Raum für eine Zwischenlösung bleibt. Eine Lösung, die einerseits eine militärische Auseinandersetzung vermeidet, andererseits aber Saddam Hussein zu einem Rückzug aus Kuwait bewegt.

Nach einer detaillierten Analyse der zeitgeschichtlichen Hintergründe des Konfliktes und seiner Einbettung in das regionale Spannungsfeld wird die vorliegende Arbeit daher versuchen, auf der Grundlage konflikttheoretischer Forschungsansätze systematisch Szenarien für eine politische Konfliktlösung zu erarbeiten. Die Voraussetzungen für eine "politische" Lösung - so unsere Annahme - wird dabei von drei Determinantenfeldern bestimmt: Von der Konfliktstruktur und -konstellation, von der Art und Identität eines potentiellen Vermittlers und von der Verhandlungs- und Vermittlungsstrategie, wobei der Konfliktkonstellation sicherlich primäre Bedeutung beizumessen ist, Vermittler und Vermittlungsstrategie eher von nachgeordnetem Rang sind.

2. Der Konflikt

Mit nicht mehr als 17.818 km², nur geschätzten 1.967.000 Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 13.680 US\$ pro Einwohner gilt der Staat *Daulat al-Kuwait* als eines der reichsten Länder der Erde. Der Export beschränkt sich fast ausschließlich auf Erdöl und dessen Verarbeitungsprodukte. Die Einnahmen aus dem Exportgeschäft werden jedoch seit 1982 überstiegen von den Rückflüssen aus den großen Auslandsinvestitionen (1987: ca. 95 Mrd. US\$) und Kapitalbeteiligungen in den USA (35%), in Großbritannien (21,6% der British Petroleum, BP) aber auch in der Bundesrepublik (1986 z. B. 25% Beteiligung an Hoechst, 14% an Daimler-Benz, 25% am Stahlkonzern Korf). Von den für 1989 geschätzten knapp 2 Mio. Einwohnern sind 1,12 Mio. Ausländer (20% Palästinenser, 6% Ägypter, 5% Iraker). 85% der Bevölkerung sind Araber, davon aber nur 45% kuwaitische Staatsbürger. Die "Kuwaitis" im eigentlichen Sinne, d.h. der Beduinenadel, machen gar nur 100.000 Menschen aus.

Während im Nachbarstaat Irak (*al-Dschumhuriya al-Iraq*) mit einer Fläche von 438.466 km² und einer etwas homogeneren Bevölkerung (77% arabischsprachige Iraker, 19% Kurden) die schiitische Glaubensrichtung des Islam mit bis zu 60% überwiegt, gehören in Kuwait mindestens 70% der Bevölkerung der Mehrheitsrichtung des Islam, der Sunna an. Der Irak ist in weit stärkerem Maße als Kuwait vom Erdölexport (bis 97% des Außenhandels) abhängig.¹ Nach der Annexion Kuwaits verfügt der Irak über annähernd 20% der bislang bekannten globalen Erdölreserven; lediglich Saudi-Arabien hält mit 25% einen größeren Anteil.

2.1. Historischer Hintergrund des Konfliktes

Die Herrscher Kuwaits verstanden es, dem Land trotz seiner geringen Größe über die Jahrhunderte hinweg eine gewisse Autonomie zu erhalten. Die Herrscherdynastie *as-Sabah* läßt sich bis ins 18. Jh. zurückverfolgen. Im 19. Jh. wurde Kuwait als Teil der osmanischen Provinz *Basra* verwaltet, obgleich die osmanische Regierung das Gebiet weder eroberte noch jemals die volle Souveränität darüber ausübte. Nachdem *Scheich Mubarak ibn Sabah* seinen protürkischen Halbbruder, *Scheich Muhammad*, ermordet hatte, übernahm er die Herrschaft in Kuwait und erreichte die **Unabhängigkeit von Konstantinopel**. Als Kuwait im Verlauf der Verhandlungen um den Bau der Berlin-Bagdad-Bahn als Endstation genannt wurde, trachtete die osmanische Regierung diese Pläne zu durchkreuzen, indem sie das Gebiet 1898 mit Waffengewalt zu besetzen versuchte, scheiterte aber.² Um die Souveränität über sein Gebiet langfristig gegen die türkische Großmacht zu sichern, erbat Scheich Mubarak britische Protektion. Im Tausch gegen den Schutz durch Großbritannien trat Kuwait 1899 die Wahrnehmung seiner Außenpolitik an die britische Krone ab. In der anglo-türkischen Konvention (29. Juli 1913) erreichte Großbritannien die osmanische Anerkennung der kuwaitischen Autonomie für ein Gebiet im Umkreis von 64 km von Kuwait-Stadt; der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 verhinderte jedoch die Ratifizierung des Abkommens. Als Belohnung für die Kooperation Kuwaits bei der Rückeroberung Basras von den Türken wurde Scheich Mubarak die Anerkennung als unabhängige Regierung

unter britischer Protektion versprochen; in diesem Stadium blieb Kuwait bis zur völligen Unabhängigkeit 1961. Der Irak bestand in osmanischer Zeit aus den mesopotamischen Provinzen (*welajat*) *Bagdad*, *Mossul* und *Basra*. Die für deren Verwaltung ernannten Gouverneure (*Paschas*) waren dem Sultan in Konstantinopel verantwortlich. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs 1918 beschlossen die Großmächte, daß seine mesopotamischen Provinzen einen unabhängigen Staat bilden sollten. Bis zu dessen vollständiger Souveränität erteilte der Völkerbund am 20. Okt. 1920 Großbritannien das Mandat für den Irak. Im Abkommen von Uquair (1922) wurde darüber hinaus zwischen Saudi-Arabien, der britischen Mandatsmacht im Irak und dem Emir von Kuwait die Festlegung der Grenzen vereinbart. Um einen Kompromiß zwischen den widerstrebenden Ansprüchen von Saudi-Arabien und des Irak zu ermöglichen, mußte Kuwait zwei Drittel seines Gebietes an Saudi-Arabien abtreten. Außerdem wurde zwischen Kuwait und Saudi-Arabien eine neutrale Zone vereinbart, die erst 1969 zu gleichen Teilen an beide Länder aufgeteilt wurde. Im Vertrag von Lausanne am 24. Juli 1924 mußte die Türkei alle Ansprüche auf Gebiete außerhalb ihrer heutigen Grenzen aufgeben, somit auch auf Kuwait als Teil der osmanischen Provinz Basra. Großbritannien gab das Mandat über den Irak am 28. Jan. 1932 auf; am 3. Okt. wurde der Irak als formal unabhängiger Staat Mitglied im Völkerbund. Die Grenze zwischen beiden Staaten wurde erstmals 1932 in einem Briefwechsel zwischen dem Scheich von Kuwait und dem britischen Hochkommissar für den Irak festgelegt. In einem weiteren Briefwechsel im Juli/August zwischen dem Scheich und dem irakischen Premierminister *Nuri as-Said* wurde diese Grenze bestätigt; ausdrücklich wurden darin die später umstrittenen Inseln *Bubijan* und *Warba* Kuwait zugeschlagen. In der Folge wird diese Grenzdemarkierung von irakischer Seite mit dem Argument für ungültig erklärt, der Irak sei zum Zeitpunkt der Festlegung nicht unabhängig gewesen.³

2.2. Die Krise von 1961

Am 19. Juni 1961 entläßt Großbritannien Kuwait aus dem seit 1899 gültigen Protektoratsstatus in die Unabhängigkeit. Kuwait verfügt zu diesem Zeitpunkt über die weitaus größten bekannten Erdölvorkommen in jener Region, sieht sich aber nicht in der Lage, diesen enormen Reichtum vor einem eventuellen Zugriff durch seine Nachbarstaaten wirkungsvoll zu schützen. Deshalb räumt Kuwait London weiterhin Mitwirkungsrechte bei der Aufrechterhaltung seiner äußeren Sicherheit ein. Bereits am 29. Okt. 1958 hatte das Sekretariat der *Arabischen Liga (AL)* die Mitgliedstaaten darüber verständigt, daß das Scheichtum Kuwait als Mitglied zu betrachten sei.⁴

Am 25. Juni 1961 erklärt der irakische Premierminister *Kassem*, Kuwait sei integraler Bestandteil des Irak, und droht mit der gewaltsamen 'Befreiung' des Gebiets, woraufhin am 1. Juli 1961 britische und saudische Streitkräfte in Kuwait stationiert werden und Kuwait, mit britischer Unterstützung, den UN-Sicherheitsrat anruft.⁵ Am nächsten Tag wendet sich auch der Irak an die UNO mit der Behauptung, er werde durch britisches Militär bedroht. Auf der Sitzung des Sicherheitsrats am 2. Juli ergreift die UdSSR Partei für den Irak, die USA für Kuwait. Die Haltung der arabischen Führungsmacht Ägypten in diesem Konflikt ist

gespalten. Auf der Sitzung wird keine Resolution verabschiedet, den Konfliktparteien gelingt es jedoch, ihre Standpunkte zu klären: Großbritannien verdeutlicht den defensiven Charakter der Stationierung seiner Truppen. Der Irak gibt die Absicht bekannt, den Streit friedlich beizulegen. Die Sitzung erweist sich als Katalysator für die Aktivierung der Arabischen Liga. Obwohl die Kandidatur für eine Mitgliedschaft Kuwaits in der AL von Saudi-Arabien favorisiert wurde,⁶ ist der neue Staat zu jenem Zeitpunkt formell noch nicht Mitglied der Organisation. Die übrigen Liga-Mitglieder befürchten im Falle der Aufnahme Kuwaits, daß der Irak die Organisation verlassen könnte. Ohne Gegengewicht würde daraus eine Dominanz Ägyptens innerhalb der Liga resultieren. Dennoch stimmen die Liga-Mitglieder für einen britischen Abzug.

Der AL-Generalsekretär *Hassounah* versucht ab 1. Juli 1961 durch Reisen zu den Regierungen der betreffenden Staaten eine Lösung zu finden. Als der Rat der Arabischen Liga am 12./13. Juli zusammenkommt, bietet Kuwait Nasser für die Unterstützung seiner Position Teilhabe am Öleinkommen seines Landes an. Zu diesem Zeitpunkt haben die Spannungen nachgelassen, und Großbritannien zieht drei Bataillone ab. Die restlichen Streitkräfte sollen jedoch bis zum Einlenken des Irak im Lande verbleiben. Nach einwöchigen Verhandlungen ohne Anzeichen, daß der Irak seine Ansprüche aufgeben würde, kommt der Rat der Liga zu der Auffassung, der Austritt des Irak müsse riskiert werden, um die regionale Einheit wiederherzustellen. Gegen heftige Einwände des Irak wird Kuwait in die Organisation aufgenommen. Die Resolution überläßt es dem UN-Generalsekretär, die nötigen Schritte zu unternehmen, um **die britischen Truppen durch Kräfte der Arabischen Liga zu ersetzen.**

Am 10. Sept. 1961 erreichen die ersten Einheiten der Arabischen Liga Kuwait. Obwohl Hassounah alle Mitglieder aufgefordert hat, Militär für die Friedenstruppen bereitzustellen, beteiligen sich lediglich fünf Staaten. Am 19. Okt. sind alle britischen Einheiten abgezogen. Mit der Begründung, das kuwaitische Souveränitätsproblem sei wegen des kuwaitisch-britischen Sonderabkommens, wonach Großbritannien jederzeit Truppen in das Scheichtum entsenden könne, ungeklärt, legt die UdSSR am 30. Nov. ihr Veto gegen die Aufnahme des Staates in die UNO ein. Als im folgenden Monat Kassem seine Ansprüche auf Kuwait nicht erneuert, beschließt die Liga am 6. Dez., ihre Truppen bis auf einen symbolischen Kern von 300 Mann abzuziehen. Eben jetzt kommt der Irak auf seine Forderungen zurück. Großbritannien bereitet sich wieder auf ein Eingreifen vor. Die Arabische Liga droht jedoch für den Fall einer erneuten britischen Intervention mit dem Abzug ihrer Truppen. Die Vermittlung Syriens im Konflikt des Irak mit Kuwait führt Ende Jan. 1962 zu der Zusicherung der irakischen Regierung, von weiteren militärischen Aktionen Abstand zu nehmen und es Syrien zu ermöglichen, eine günstige Atmosphäre für die Lösung des Problems auf arabischer Ebene zu schaffen.⁷ Da weitere Eskalationen ausbleiben, ziehen die Unterhaltsstaaten ihre Truppen bis zum Februar 1962 aus Kuwait ab. Als Reaktion auf die Akkreditierung des kuwaitischen Botschafters in den USA am 1. Juni 1961 bricht der Irak seine diplomatischen Beziehungen zu Washington ab. Die akute Bedrohung für Kuwait schwindet erst mit der Machtübernahme der Baath-Partei unter Oberst *Aref* im Irak am 8. Febr. 1963. Als Mitte April 1963 ein erneuter Versuch zur Bildung einer *Vereinigten Arabischen Republik* mit den Mitgliedern Ägypten, Syrien und des Irak zur Paraphierung einer Rahmenverfassung führt, beantragen 12 der 50 Mitglieder des kuwaitischen Legislativrates den Anschluß an das neue

Staatengebilde.⁸ Die UN-Vollversammlung nimmt Kuwait am 14. Mai als 111. Mitglied auf. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Kuwaits durch Syrien am 15. Sept. läßt angesichts der engen Bindungen Syriens mit dem Irak darauf schließen, daß letzterer seine Ansprüche auf das Territorium stillschweigend zurückgenommen hat.⁹

Am 4. Oktober 1963 bestätigt der Irak die Souveränität des Staates Kuwaits und bezieht sich dabei explizit auf die im Briefwechsel zwischen dem irakischen Ministerpräsidenten und dem britischen Gouverneur in Kuwait 1932 festgelegten Grenzen.¹⁰ Der Grenzverlauf zwischen den beiden Staaten wird jedoch nicht demarkiert. Wie bereits mehrere Male zuvor gewährt Kuwait dem Irak ein langfristiges, zinsloses Darlehen (ca. 330 Mio. DM).

2.3. Die Krise von 1973

Dieser neuen Konfliktphase gehen Verhandlungen des Irak und Kuwaits um Wasserlieferungen einerseits und die Vergabe eines bedeutenden Kredits Kuwaits an den Irak andererseits voraus. Das durch die Ölförderungen außerordentlich reiche, jedoch unter Süßwassermangel leidende Kuwait strebt die Erhöhung der Frischwasser-Lieferungen aus dem Irak an. Die Vergabe des vom Irak geforderten Kredits lehnt Kuwait im Dezember 1972 ab.¹¹ Auch kleinere irakische Manöver im Grenzgebiet ändern Kuwaits ablehnende Haltung nicht.

Die Verhandlungen werden unterbrochen, als der Irak die Absicht erklärt, seine Gebietsforderungen gegenüber Kuwait, die zuletzt 1961/62 erhoben wurden, endgültig durchzusetzen. Der Irak nutzt sein überlegenes Militärpotential und die fehlende Grenzdemarkation, um Kuwait zur Aufgabe insbesondere der beiden Golfinseln *Warba* und *Bubijan* zu drängen, die für den Irak von besonderem Interesse als neue Basis für Ölexplorationen und für militärische Operationen im Arabisch/Persischen Golf sind. Die Inseln würden ferner den Zugang zum neuen, mit sowjetischer Hilfe in *Umm Qasr* gebauten irakischen Hafen sichern. Um die Fahrrinne zu vertiefen, müßte ein Teil von Warba abgetragen werden. Die UdSSR unterstützt die irakische Forderung in der Hoffnung, auf den Inseln Marinebasen errichten zu können. Auch in der Auseinandersetzung mit dem Iran um den Grenzfluß Schatt al-Arab würde der Besitz der Inseln die irakische Position stärken; außerdem würden sich irakische Besitzansprüche auf Ölquellen im Golf mit ihnen verbinden lassen.¹²

Am 20. März 1973 überschreiten irakische Truppen die ca. 160 km lange Grenze zu Kuwait. Die sofort eingesetzten kuwaitischen Truppen unterliegen.¹³ Da Kuwait bereits zuvor auf eine Demarkation der Grenze gedrängt hatte, wird das irakische Vorgehen als Versuch gewertet, vor der endgültigen Regelung so viel wie möglich vom umstrittenen Gebiet zu annektieren. Der Irak besetzt den zum Schutz Umm Qasrs strategisch wichtigen kuwaitischen Außenposten Samatah. Um seinem Anspruch Gewicht zu verleihen, beginnt der Irak mit dem Aufbau von Wohnhütten bei Samatah. Kuwait beschuldigt den Irak der Zusammenziehung beträchtlicher Truppenteile in diesem Gebiet und versucht selbst, sein Militär zu verstärken, zeigt aber

gleichzeitig seine Bereitschaft zu Verhandlungen.

In der Folge umringt Kuwait die vom Irak errichteten Hütten mit einem "Schutzgürtel" von Moscheen und spekuliert bei dieser Taktik darauf, daß der Irak diese Gotteshäuser nicht niederwalzen werde, da dies heftige Kritik durch die öffentliche Meinung in der islamischen Welt auslösen könnte. Erfolgreich kreist Kuwait damit das irakische Militär ein und kann weitere territoriale Zugewinne des Gegners verhindern. Am 21. März beginnen arabische Vermittlungsversuche. Syrien entsendet einen hohen Repräsentanten in beide Hauptstädte. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, *Riad* (1972-1979), fordert Kuwait zur Annahme der Vermittlungsvorschläge auf. Libanon signalisiert ebenfalls Vermittlungsbereitschaft. Als Vorbedingung für Verhandlungen verlangt Kuwait den Abzug der irakischen Truppen. Doch weder ist Kuwait zur Aufgabe seiner Vorbedingung noch der Irak zum Rückzug bereit. Iran und Saudi-Arabien zeigen sich vom irakischen Vorgehen besonders betroffen, da sie für den Fall eines irakischen Sieges eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs fürchten. (Im April 1972 schloß der Irak mit der Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag über Wirtschafts- und Militärhilfe ab.) Irans Militärhilfeangebot lehnt Kuwait am 24. März ab.¹⁴ Von Saudi-Arabien jedoch nimmt Kuwait Unterstützung an: es wird von der Verlegung von 15.000 Soldaten innerhalb weniger Tage berichtet. Als Ursache für den neuerlichen Konflikt erklärt der kuwaitische Außenminister, Kuwait habe nach dem Auffinden von Erdöl in Nord-Rumaila/Irak angeboten, der Irak könne eine Pipeline durch kuwaitisches Territorium zu einem Tiefwasser-Hafen bauen. Da der Irak jedoch darauf bestanden habe, den Bau durch die UdSSR ausführen zu lassen, habe Kuwait den Plan fallengelassen.¹⁵ Ausdrücklich erhebt der Irak Anspruch auf die beiden Inseln Bubijan und Warba; deren Herausgabe sei Bedingung für die Regelung des Konflikts. Die beiden Inseln lägen näher an der irakischen als an der kuwaitischen Küste und der Irak brauche sie, um einen freieren Seeverkehr zum Hafen Umm Qasr zu ermöglichen.

Aus ungeklärten Gründen zieht der Irak am 5. Apr. seine Truppen ab. Tags darauf kommt es zu einem Treffen der Außenminister des Irak und Kuwaits, die sich auf den Führer der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)*, *Arafat*, als Vermittler einigen.¹⁶ Die Verhandlungen beginnen bald, doch rückt keine der Seiten von ihrer Hauptforderung ab. Der Irak besteht auf der Kontrolle beider Inseln, Kuwait verweigert sowohl die als auch einen Pachtvertrag für die fraglichen Gebiete.

Am 7. April bietet Kuwait als Ausgleich an, in irakische Entwicklungsprojekte zu investieren und irakischen Staatsbürgern in Kuwait eine Vorzugsbehandlung zukommen zu lassen. Informationen über den Fortgang der Gespräche sind allerdings bruchstückhaft. Als Kuwait in den USA für über 500 Mio. US\$ Panzer, Flugzeuge, Raketen und militärische Bauhilfe bestellt, gibt das amerikanische Verteidigungsministerium bekannt, die USA hätten wesentliche Interessen in Kuwait und allgemein in der Region des Persischen Golfes.¹⁷

Am 8. Juni erreichen beide Seiten ein Übereinkommen über die erhöhte Liefermenge irakischen Frischwassers aus dem Schatt al-Arab an Kuwait; in der Territorialfrage werden jedoch keine Konzessionen gemacht.¹⁸ In der Folge rüsten beide Konfliktgegner verstärkt militärisch auf. Kuwait und Saudi-Arabien beziehen Waffen von den USA, die UdSSR liefert Waffen an den Irak.

2.4. Der Kuwait-Konflikt vor dem Hintergrund der iranisch-irakischen Auseinandersetzungen in der Golfregion

Mit dem Vertrag von Algier vom 6. März 1975 kommt es zwischen Iran und dem Irak zu einer überraschenden Einigung in der Frage der Grenzfestlegung und über das Problem der iranischen Unterstützung für die aufständischen Kurden im Irak. Solchermaßen von zwei Bedrohungen befreit, okkupiert der Irak mit 4.000 Soldaten bald darauf von neuem die umstrittene irakisch-kuwaitische Grenzregion. Wieder wendet Kuwait die "Moscheen-Strategie" an, auf die der Irak mit dem Bau weiterer Hütten reagiert. Am 12. März ist die Situation durch Verhandlungen stabilisiert. Kuwait bietet dem Irak im Gegenzug für eine definitive Grenzdemarkation den Pachtvertrag für Warba mit 99jähriger Laufzeit an. Eine Kompromißlösung bahnt sich dahingehend an, daß Kuwait die bevölkerten Gebiete der Grenzregion kontrollieren und der Irak Erdbebewegungen auf Warba vornehmen darf. Zunächst kommt es jedoch nicht zu einem formellen Abkommen.¹⁹ Der weitere Konfliktverlauf ist unklar, in der Folge des Algierabkommens scheint der Irak seinen revolutionären Aktivismus eingeschränkt zu haben. 1978 stellen der Irak und Kuwait ein gemeinsames Komitee der Innenminister auf, um alle ungelösten Probleme, darunter insbesondere das Grenzproblem, zu behandeln und zu lösen. 1979 tritt der stellvertretende Vorsitzende des Kommandorates der regierenden irakischen *Baath*-Partei, *Saddam Hussein at-Takriti*, die Nachfolge Hassan al-Bakrs in sämtlichen Ämtern an; er wird Staats-, Partei- und Regierungschef.

Der Ausbruch des Golfkriegs zwischen Iran und dem Irak führt zu einer Erneuerung der irakischen Ansprüche auf Warba und Bubijan im Juli 1981;²⁰ wiederum verlangt der Irak einen Pachtvertrag für die Inseln.

Am 4. Febr. 1981 gründen Kuwait, Bahrain, Oman, Katar und Saudi-Arabien als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und auf den Sturz des Schah von Persien, insbesondere aber in Sorge um die Aufrechterhaltung der Sicherheit angesichts des fortdauernden Golfkriegs, den *Golf-Kooperationsrat* (GCC). Der GCC hat die Zusammenarbeit der Mitglieder in den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaft und Verteidigung zum Ziel; dabei ist, entgegen dem Gründungsprotokoll, nach Meinung des saudischen Königs *Fahd* der militärische Aspekt, d.h. die Abwehr äußerer Aggression, der wichtigste. Die Aufnahme weiterer Mitglieder, etwa des Irak, wird weitgehend ausgeschlossen. Aus iranischen Quellen wird bekannt, daß Kuwait anlässlich eines Staatsbesuchs seines Oberhauptes in Bagdad Mitte November 1984 dem Irak die Nutzung Bubijans und zweier weiterer Inseln im Golf überlassen will.²¹

Kuwait's Situation im Golfkrieg ist aufgrund seiner geographischen Lage prekär. Da es aus Sorge vor einem "Überschwappen" des islamischen Fundamentalismus von Iran in andere arabische Staaten seinen mächtigen Nachbar, den Irak mit Milliardenbeträgen unterstützt, droht es in den Konflikt verwickelt zu werden. Im Zuge des "Tankerkrieges" werden kuwaitische Tanker von iranischen Flugzeugen bedroht. Nach einem Hilfegesuchen der Regierung werden kuwaitische Tanker von US-Flotteneinheiten geschützt.

3. Vom latentem Konflikt zur Konfrontation: Die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen

Nach dem Ende des Golfkriegs im Juli 1988 versucht der Irak allmählich, seine Vormachtstellung in der Region, insbesondere als Führungsmacht der arabischen Welt gegen Israel, zu etablieren. Noch am 24. März 1989 unterzeichnen Kuwait und der Irak ein Abkommen über die Versorgung des Emirats mit Wasser aus dem Schatt al-Arab. Dennoch kühlt das Verhältnis der Nachbarstaaten im weiteren Verlauf ab. Die irakische Regierung ist verstimmt, daß der Emir dem Irak erst über ein Jahr nach dem Waffenstillstand einen Kurzbesuch (23.-25. Sept. 1989) abstattete und dabei als Gegenleistung für die Unterstützung im Golfkrieg eine schnelle Lösung in der Grenzfrage erwartete.²²

Als sich nach einem Verhandlungsstillstand im Konflikt mit Iran 1990 eine politische Lösung - im Sinne einer Beibehaltung des Status quo -, zumindest aber Gesprächsbereitschaft abzeichnet, hat der irakische Präsident Saddam Hussein den Rücken frei zu politischem Aktivismus. Noch im Frühjahr 1990 bot Scheich Dschaber as-Sabah dem Irak die umstrittenen Inseln Bubijan und Warba unter nomineller kuwaitischer Souveränität für einen unbefristeten Zeitraum zur Pacht an. Als Gegenleistung forderte Dschabr die Beglaubigung eines von Saddam Husseins Vorgänger Hassan al-Bakr 1963 unterzeichneten Dokuments durch die UNO, in dem die Unabhängigkeit Kuwaits durch den Irak anerkannt worden war. Der Irak lehnt dies ab. Die unter Vermittlung des Königs Hussein von Jordanien und Jassir Arafats stattfindenden Verhandlungen scheitern im März 1990.²³ Der Konflikt eskaliert weiter, als der Irak Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) am 27. Juni 1990 vorwirft²⁴, die von der *Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC)* festgelegten Förderquoten für Rohöl zu überschreiten und damit den Weltmarktpreis zu drücken. Jene beiden Staaten hatten in der Tat zusammen mit Saudi-Arabien in den Jahren 1987 bis 1989 - Iran und den Irak wegen der kriegsbedingten Ausfälle im Golfkrieg außer Betracht gelassen - die stärkste Produktions-erweiterung unter den OPEC-Mitgliedstaaten zu verzeichnen. Während aber Mitte des Jahres 1990 die Überschußproduktion Saudi-Arabiens stark zurückgeht, entfällt nunmehr der Großteil des Überschusses allein auf Kuwait und die VAE, die beiden OPEC-Mitglieder mit dem ohnehin höchsten Pro-Kopf-Einkommen.²⁵ Der Irak, der sich während des Golfkriegs bei seinen arabischen Nachbarstaaten hoch verschuldet hat, ist wegen des wirtschaftlichen Wiederaufbaubedarfs und für die Rückzahlung der insgesamt 45 Mrd. US\$ Auslandsschulden auf einen hohen Ölpreis und damit auf die Quotendisziplin der Kartellmitglieder angewiesen. Saddam Hussein behauptet, durch die Überproduktion der beiden Länder sei ihm ein Schaden von 14 Mrd. US\$ entstanden; er verlangt den Erlaß aller Schulden aus der Zeit des Golfkriegs, da der Irak seinerzeit auch Kuwait geschützt habe (s. 2.4.). Der Irak wirft Kuwait darüber hinaus vor, auf der Öl-Lagerstätte *Rumaila*, die sich über die zwischen beiden Staaten umstrittene Grenze erstreckt, seit 1980 irakisches Öl gefördert zu haben; dessen Wert von 2,4 Mrd. US\$ verlange der Irak zurück.²⁶ Kuwait wendet sich an die Arabische Liga, seinerseits mit der Behauptung, der Irak fördere unrechtmäßig kuwaitisches Öl. Die Vermittlungsversuche des AL-Generalsekretärs *Schadli Klibi* und des jordanischen König Hussein scheitern; der Irak droht Kuwait daraufhin mit dem Einsatz militärischer Gewalt. Der ägyptische

Staatspräsident *Hosni Mubarak* schaltet sich in die Vermittlung ein. Noch Ende Juli 1990 lassen die USA durch ihre Botschafterin die irakische Führung wissen, daß die amerikanische Regierung den Grenzdisput zwischen beiden Staaten neutral sehe.²⁷ Der Irak interpretiert dies offenbar dahingehend, daß die USA auch ein eventuelles militärisches Vorgehen gegen Kuwait tolerieren würden. Auf amerikanischer Seite rechnet man umgekehrt zwar mit einer möglichen Strafaktion gegen Kuwait (etwa nach dem Muster von 1973), um den Emir zur OPEC-Disziplin zu bewegen, nicht jedoch mit einer Annexion Kuwaits. Auf beiden Seiten scheint also eine folgenschwere Fehlinterpretation der Absichten und Ziele des Gegners vorzuliegen. Auch die arabischen Nachbarn sind offensichtlich vom Ausmaß der irakischen Intervention überrascht worden, sonst hätten sie sich möglicherweise wie in den zwei vorangegangenen Krisen 1961 und 1973 zu einer Intervention arabischer Friedenstruppen entschlossen. Fraglich ist zudem, ob Saddam Hussein von vorneherein tatsächlich die Annexion des gesamten Territoriums von Kuwait geplant hat oder ob er - überrascht von dem geringen Widerstand, den ihm kuwaitische Truppen entgegensetzen und von der zunächst abwartenden Haltung seiner arabischen Nachbarn - erst im Zuge der Strafaktion gegen Kuwait den Entschluß faßte, sich das Territorium auf Dauer einzuverleiben.²⁸

Am 24. Juli mobilisiert der Irak seine Truppen und verlegt 30.000 Elitesoldaten an die Grenze zu Kuwait. Zunächst wird dies jedoch nur als Drohung vor dem Hintergrund der in dieser Woche beginnenden OPEC-Konferenz angesehen, um Kuwait und die VAE zu einer Drosselung ihrer Überproduktion zu bewegen. Saddam Hussein strebt durch einen Appell an die 13 OPEC-Mitglieder die Einhaltung der festgelegten Förderquoten an, um über eine Angebotsverknappung den Weltmarktpreis für Rohöl auf 25 US\$ pro Barrel zu steigern, da der Irak nur auf diesem Wege in der Lage ist, seine Einnahmen zu halten bzw. zu erhöhen. Anders als Kuwait ist die irakische Wirtschaft fast ausschließlich auf den Verkauf von Erdöl angewiesen, gleichzeitig jedoch nicht in der Lage, die Förderung kurzfristig zu steigern.²⁹

Parallel zu militärischen Drohgebärden akzeptiert der Irak zunächst die arabischen, insbesondere ägyptischen Vermittlungsbemühungen, die jedoch ohne Erfolge bleiben.³⁰ Angesichts der steigenden Spannungen sagen die USA Kuwait Unterstützung zu; Kuwait spricht sich jedoch gegen eine Internationalisierung der Krise aus.³¹ Die Situation entspannt sich kurzfristig, als sich abzeichnet, daß der irakischen Hauptforderung nach Erhöhung des Rohölpreises nachgekommen werden kann. Zusammen mit dem ehemaligen Kriegsgegner Iran gelingt es dem Irak auf der OPEC-Konferenz vom 27. Juli 1990 tatsächlich, den offiziellen Richtpreis für Rohöl von 18 auf 21 US\$ pro Faß zu steigern; noch im Juni lag der tatsächliche Weltmarktpreis bei 14 US\$. Wenn dieser Beschluß auch als größter Erfolg der Organisation seit mehreren Jahren und als Wendepunkt der OPEC gefeiert wird, betonen Kuwait und die VAE die Vorläufigkeit der Festlegung, die sie als ungerecht bezeichnen. Am 1. Aug. scheitern im saudi-arabischen Dschedda die Versöhnungsgespräche zwischen dem Irak und Kuwait, ohne daß neue Gespräche vereinbart werden.

Am frühen Morgen des 2. Aug. 1990 marschieren irakische Truppen, unterstützt von Panzern und Flugzeugen, in Kuwait ein, besetzen den Palast des Emirs, den Flughafen, die Zentralbank sowie in der Folge das gesamte Territorium des Scheichtums. Bei der Invasion werden 200-700 Personen getötet, der Emir kann mit seiner Familie nach Saudi-Arabien flüchten. Die Grenzen und Häfen des Landes werden gesperrt.

4. Internationale Reaktionen

Auf Antrag der USA wird noch am selben Tag der UN-Sicherheitsrat nach Art. 39 und 40 der UN-Charta tätig und verurteilt am 3. Aug. in seiner **Resolution Nr. 660** die irakische Invasion, verlangt den sofortigen und bedingungslosen Rückzug sowie die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen beiden Konfliktparteien; als einziges arabisches Mitglied im Sicherheitsrat enthält sich der Jemen der Stimme.³² Obgleich weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt eine faktische Angebotsverknappung von Rohöl auf dem Weltmarkt vorliegt, steigt der Preis sofort auf über 25, in der Folge sogar auf über 40 US\$ pro Barrel. Nach der Annexion Kuwaits verfügt der Irak über annähernd 20% der bislang bekannten globalen Erdölreserven; lediglich Saudi-Arabien hält mit 25% einen größeren Anteil.³³

Während die Außenminister der USA und der UdSSR erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer gemeinsamen Erklärung gegen einen Aggressor finden und die 12 Mitgliedsstaaten der *Europäischen Gemeinschaft (EG)* ein weitreichendes Handelsembargo gegen den Irak sowie die Aufhebung jeglicher Zusammenarbeit beschließen, zögern die arabischen Staaten, von denen einige Kuwait vertraglich zur Hilfe verpflichtet sind, mit ihrer Reaktion. Am 6. Aug. verhängt der UN-Sicherheitsrat unter Hinweis auf das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta in seiner Resolution Nr. 661 einen vollständigen Handels- und Finanzboykott gegen den Irak, lediglich Lebensmittel und humanitäre Lieferungen sind davon ausgenommen. Damit werden auch die Nachbarländer des Irak, die Türkei und Saudi-Arabien, verpflichtet, die für den irakischen Ölexport notwendigen Pipelines auf ihrem Territorium zu schließen und damit nicht nur auf beträchtliche Transiteinnahmen zu verzichten, sondern der irakischen Führung, deren Deviseneinnahmen zu 97% vom Ölexport abhängen, eventuell sogar einen *Casus belli* zu liefern. Die Regierungen Saudi-Arabiens und der VAE, die sich als mögliche nächste Opfer der irakischen Aggression sehen, erbitten die Stationierung von US-Truppen auf ihrem Staatsgebiet und rufen mit diesem Schritt erhebliches Mißtrauen in der arabischen Welt hervor. Unter Anspielung auf Hitlers Gebietsansprüche 1939 und mit der Erklärung, die Aggression des Irak sei unannehmbar, entsenden die USA am 8. Aug. Kriegsschiffe in die Golfregion. Auch Großbritannien und die UdSSR beteiligen sich an der geplanten multinationalen Streitmacht; allerdings mit erheblich kleineren Kontingenten. Am selben Tag erklärt Saddam Hussein den Anschluß Kuwaits an den Irak; zu diesem Zeitpunkt stehen 120.000 irakische Soldaten in Kuwait. Während sich die gemäßigten Staaten gegen eine Internationalisierung des Konflikts aussprechen, gelingt es den arabischen Regionalorganisationen nicht, dem irakischen Übergriff wirkungsvoll zu begegnen. Als nicht tragfähig im Sinne politischer Zusammenarbeit zur Konfliktprävention und -eindämmung erweisen sich sowohl der *Golfkooperationsrat (GCC)* dessen Mitglied Kuwait ist, als auch der erst 1989 gegründete *Arabische Kooperationsrat (ACC)* mit seinen Mitgliedern Ägypten, dem Jemen, Jordanien und dem Irak, weder die Arabische Liga noch die *Islamische Konferenz (OIK)*.

Anläßlich des Konflikts um Kuwait zeichnet sich entlang einer neu entstehenden Konfliktlinie ein weiteres Mal eine Spaltung der arabischen Welt³⁴ ab: das deutlicher werdende Wohlstandsgefälle innerhalb der noch immer propagierten, allumfassenden "arabischen Nation" (*Umma*) zwischen den reicheren gleichzeitig

bevölkerungsarmen Staaten (wie z.B. die Anrainer des Arabisch/Persischen Golfes) und dem bevölkerungsreichen Ägypten oder dem Sudan, der zu den ärmsten Ländern der Erde zählt. Dieses über Jahrzehnte gewachsene, jedoch weitgehend ignorierte Konfliktpotential liegt z.T. der Parteinahme nicht nur weiter Teile der arabischen Öffentlichkeit, sondern auch einiger Regierungen für Saddam Hussein zugrunde. Als wirtschaftlich vom Handel mit dem Irak abhängiger und geopolitisch zwischen Israel und dem Irak exponierter Staat stimmt Jordanien mit dem Jemen, Kuba, dem Sudan und der PLO nicht für eine Verurteilung des Irak. Insbesondere Jordaniens König Hussein und der PLO-Führer Arafat versuchen, die allgemeine Forderung nach einer arabischen Lösung durch Vermittlungsversuche aufrechtzuerhalten. Während die vertriebene kuwaitische Regierung in den Augen der Bevölkerung in der arabischen Welt und in den Medien großen Teils ohnehin als unarabisch, unislamisch und unsolidarisch mit den ärmeren arabischen Staaten galt, melden sich Tausende von Jordaniern und Ägyptern freiwillig zur Unterstützung des Irak gegen den internationalen Truppenaufmarsch.³⁵ Besonders in diesen Staaten gilt der wachsende amerikanische Druck, namentlich vor dem Hintergrund der amerikanischen Inaktivität im Zusammenhang auf Israels Besetzung des Südlibanon, der Golan-Höhen, des Westjordan-Landes und des Gaza-Streifens als Affront gegen die arabische Welt. Wie in den besetzten Gebieten kommt es in Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, dem Sudan und sogar in Syrien in der Folge zu Sympathiebekundungen für Saddam Hussein, der als neuer starker Führer der Araber insbesondere gegen Israel und dessen Hauptverbündeten, die USA, gesehen wird. In der Folge gelingt es Saddam Hussein, indem er den amerikanischen Truppenaufmarsch in Saudi-Arabien in die Nähe der israelischen Besetzung Palästinas rückt, nicht nur die arabische Öffentlichkeit stark zu emotionalisieren, sondern ein politisches **·** **zwischen der Kuwait-Frage und einem Abzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie einem amerikanischen Abzug aus Saudi-Arabien herzustellen.** Saddam Hussein versucht, die innerarabische Auseinandersetzung in eine arabisch-amerikanische Konfrontation umzuleiten. An der Spitze der Front gegen den Irak stehen jedoch auch die arabischen Regierungen **·** **gyptens, das in starkem Maß von amerikanischer Wirtschaftshilfe abhängig ist, und Syriens, welches angesichts des eigenen Niedergangs in der Frontstellung gegen Israel die erstarkende Großmacht des Irak fürchten muß.** In der UN-Resolution Nr. 662 vom 9. Aug. erklärt der Sicherheitsrat die Annexion Kuwaits für *null und nichtig*.

Am arabischen Gipfeltreffen in Kairo am 10. Aug. nehmen sowohl eine irakische als auch eine kuwaitische Delegation teil, Erfolge in der Lösung des Konflikts können jedoch nicht erzielt werden. Obgleich der Beschluß der Konferenz die irakische Invasion verurteilt und die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien politisch deckt, streben die Teilnehmer weiterhin eine arabische Lösung an, um innenpolitisch nicht unter den Druck nationalistischer und fundamentalistischer Kräfte zu geraten.³⁶

Sofort entsendet Ägypten Truppenkontingente als Teil einer arabischen Friedenstruppe nach Saudi-Arabien; Syrien und weitere Staaten der islamischen Welt schließen sich an, z.T. jedoch mit Truppenkontingenten in nur symbolischer Größe. Das Ergebnis der Konferenz sowie die Aufforderung Saddam Husseins, die Heiligen Stätten in Saudi-Arabien (Mekka und Medina) von fremden Truppen zu befreien, ruft in der arabischen Welt proirakische und antisaudische Demonstrationen hervor und löst einen Propagandakrieg

zwischen Irak-freundlichen und Irak-feindlichen Regimes aus.³⁷ Während Israel sich zunächst bemüht, in dem Konflikt ein möglichst "niedriges Profil" zu zeigen, wird der massive amerikanische Aufmarsch fortgesetzt. Die UNO stimmt am 13. Aug. für die Zulassung von Lebensmittellieferungen für den Irak, dessen Nahrungsmittelversorgung zu einem erheblichen Teil aus Importen gedeckt wird. Während im Sicherheitsrat das forsche amerikanische Vorgehen in der Seeblockade auf Befremden stößt und die europäischen Verbündeten die fraglose Übernahme der Führungsrolle durch die USA kritisieren³⁸, zögert Frankreich - vormals mit der UdSSR größter Waffenlieferant des Irak³⁹ - mit der Zustimmung zu Zwangsmaßnahmen gegen den Irak. Um sich politische wie militärische Handlungsfreiheit zu verschaffen, verkündet Saddam Hussein dem ehemaligen Kriegsgegner Iran am 15. Aug. den Rückzug aus den besetzten iranischen Gebieten, die Rückkehr zum *Status quo ante* in der Grenzfrage sowie die sofortige Freilassung der Kriegsgefangenen.⁴⁰ Obwohl der Irak damit sämtliche iranischen Forderungen erfüllt, verlangt Iran den Rückzug des Irak aus Kuwait. Der UN-Sicherheitsrat räumt am 15. Aug. den USA und anderen Seemächten das Recht ein, das Wirtschaftembargo⁴¹ gegen den Irak und Kuwait durch eine Schifffahrtsblockade durchzusetzen.⁴²

Um sich gegen mögliche militärische Angriffe zu schützen, verteilt die irakische Führung in der Folge ungefähr 500 Europäer und Amerikaner, die zuvor nicht hatten ausreisen dürfen und zum Teil von Kuwait nach Bagdad verschleppt worden waren, auf potentielle Angriffsziele wie militärische Anlagen, Giftgasfabriken und Meerwasserentsalzungsanlagen in Kuwait und im Irak.⁴³ Das aggressive Vorgehen des Irak gegen diplomatische Vertretungen und die Entführung von Ausländern verurteilt der UN-Sicherheitsrat am 16. Aug. einstimmig. Im Versuch, das UN-Embargo durchzusetzen, geben amerikanische Kriegsschiffe Warnschüsse auf irakische Tanker ab, ohne daß dies bisher zu militärischen Zusammenstößen geführt hätte. Beide Konfliktparteien scheinen bemüht, direkte Zusammenstöße ihrer Truppen zu vermeiden, wenn auch beide ihre Bereitschaft zu einer militärischen Auseinandersetzung betonen. In der Resolution Nr. 664 vom 18. Aug. fordert der UN-Sicherheitsrat vom Irak wiederum einstimmig die sofortige Freilassung der festgehaltenen ausländischen Staatsbürger und die Rücknahme des Befehls Bagdads, die diplomatischen Missionen in Kuwait zu schließen. Der Irak stationiert in Kuwait Kurz- und Mittelstreckenraketen; der amerikanische Präsident ordnet am 22. Aug. die Mobilisierung der Reservisten an.⁴⁴ Am 25. Aug. sanktioniert der UN-Sicherheitsrat mit Zustimmung der VR China und der UdSSR in seiner Resolution Nr. 665 auch die militärische Durchsetzung der Seeblockade gegen den Irak.⁴⁵ In der Resolution werden die Staaten, die mit der im saudi-arabischen Taif exilierten Regierung Kuwaits zusammenarbeiten, aufgerufen, mit ihren Seestreitkräften den gesamten Schiffsverkehr mit dem Irak zu unterbinden. Der nunmehr politisch und ökonomisch weitestgehend isolierte Irak signalisiert Gesprächsbereitschaft zur Beilegung des Konflikts. Um jedoch die Endgültigkeit der Annexion zu unterstreichen, erklärt Saddam Hussein am 28. Aug. Kuwait per Dekret zur 19. Provinz des Irak. Während der Irak versucht, einer militärischen Konfrontation zu entgehen, und der ägyptische Staatspräsident *Mubarak*, das syrische Staatsoberhaupt *Assad* sowie der iranische Staatschef *Rafsandschani* sich weiterhin um eine diplomatische Beilegung der Krise bemühen, wird der internationale Truppenaufmarsch unter US-amerikanischer Führung fortgesetzt. Überraschend sagt der

Irak die Freilassung von ausländischen Frauen und Kindern zu; über 600 Geiseln dürfen am 1./2. Sept. ausreisen.⁴⁶ Die ungefähr 600.000 asiatischen Arbeitskräfte aus Indien, Sri Lanka, Pakistan, Bangladesh, aus Thailand und den Philippinen, die vor der Invasion überwiegend in Kuwait arbeiteten, fliehen aus dem Krisengebiet; Anfang Sept. wird ihre Zahl in Jordanien auf über 100.000 geschätzt. Zehntausende geflohener Kuwaiter bilden eine neue Gruppe von Nahostflüchtlingen. Von der irakischen Invasion wirtschaftlich betroffen sind neben den asiatischen Staaten vor allem Ägypten, dessen über 1 Mio. Gastarbeiter im Irak beträchtliche Deviseneinnahmen überwiesen, sowie die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten, die über Jahrzehnte sowohl direkt vom Irak als auch von ihren in Kuwait arbeitenden Verwandten unterstützt wurden. Die irak-freundlichen Staaten Jemen, Sudan und Jordanien riskieren mit ihrer Haltung den Verlust der zinsgünstigen Entwicklungsdarlehen insbesondere aus Saudi-Arabien und Kuwait.

Während sich der amerikanische Truppenaufmarsch zur größten amerikanischen Militäraktion seit der Intervention in Vietnam herausbildet, bleibt die intensive Verhandlungsdiplomatie der 13 arabischen Außenministern in Kairo und von UN-Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* mit dem irakischen Außenminister *Tarik Aziz* in Amman/Jordanien weitgehend erfolglos, ebenso wie die Verhandlungsaktivität zwischen arabischen und sowjetischen Diplomaten in Moskau sowie die Besuchsreise des jordanischen König *Hussein* durch mehrere europäische Hauptstädte. Angesichts der Spannungen innerhalb der Arabischen Liga im Zusammenhang mit der Golfkrise tritt ihr Generalsekretär *Klibi* am 3. Sept. zurück.⁴⁷ Die erst im März 1990 beschlossene und vom Irak befürwortete Rückverlegung des Sitzes der Arabischen Liga von Tunis (wohin die AL als Reaktion auf den Friedensschluß Ägyptens mit Israel 1979 verlegt worden war) nach Kairo ist nunmehr wegen Ägyptens Frontstellung gegenüber dem Irak umstritten.

US-Präsident Bush formuliert neben kurzfristigen Kriegszielen - wie dem Schutz besonders Saudi-Arabien vor einem irakischen Überfall, Rückzug des Irak aus Kuwait und Wiedereinsetzung der zuvor kaum demokratisch legitimierten kuwaitischen Herrscherfamilie as-Sabah - auch grundsätzliche Ziele des amerikanischen Engagements in der Region; dazu gehört namentlich die Schaffung eines kollektiven Sicherheitsbündnisses im Golf nach dem Vorbild der NATO.⁴⁸ Ferner bemüht sich die amerikanische Führung um finanzielle Unterstützung des Truppenaufmarsches bei den europäischen Verbündeten. Die Zusage Japans, sich mit 1 Mrd. US\$ zu beteiligen, wird als unzureichend angesehen; daraufhin wird die direkte japanische Hilfe für Militäraktionen auf 2 Mrd. und die Wirtschaftshilfe für die bedrohten arabischen Staaten auf weitere 2 Mrd. US\$ aufgestockt. Die Europäische Gemeinschaft sagt den wirtschaftlich am stärksten betroffenen Staaten Türkei, Jordanien und Ägypten Hilfsprogramme zu; die Bundesrepublik unterstützt diese Staaten mit Geld- und Sachleistungen.⁴⁹ Die Situation eskaliert, als irakisches Militär am 13. Sept. westliche Botschaften in Kuwait überfällt und den französischen Militärattaché zeitweilig verschleppt; der UN-Sicherheitsrat verurteilt diese Übergriffe umgehend. Frankreich, Italien und Großbritannien weisen daraufhin die militärischen Mitarbeiter ihrer irakischen Botschaften aus, brechen die diplomatischen Beziehungen jedoch nicht ab. Neben Großbritannien verstärken nunmehr auch Frankreich und Italien ihre Truppenpräsenz in der Golfregion. Amerikanische Pläne, Saudi-Arabien Rüstungsgüter im Wert von ca. 20 Mrd. US\$ zu liefern, lösen in Israel starke Besorgnis aus; in der Folge werden jedoch auch

Israel Zusagen über Militärhilfe gemacht.

In Kuwait kann sich der vereinzelte bewaffnete Widerstand der Bevölkerung nicht gegen die Besatzungsmacht durchsetzen. Ähnlich dem Vorgehen gegen die Kurden im eigenen Staat, versucht die irakische Regierung das Scheitern u.a. durch Zwangsumsiedlungen und durch die Abschaffung des kuwaitischen Dinar zu "irakisieren".⁵⁰

Innerhalb der arabischen Welt verschärfen sich die Spannungen, als Saudi-Arabien die Öllieferungen an Jordanien und den Jemen wegen deren proirakischer Haltung sperrt und die meisten Diplomaten dieser Länder ausweist⁵¹. Als auf lange Sicht tragfähigster und glaubwürdigster Versuch, den Konflikt diplomatisch beizulegen, kann der **4-Stufen-Plan des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand vom 24. Sept.** gelten, der die Hauptforderungen beider Konfliktparteien, der USA und des Irak, verbindet.⁵² Der Plan stellt als Vorbedingung lediglich die irakische Bereitschaft zum Rückzug und zur Freilassung der Geiseln. In einer nächsten Phase soll die internationale Staatengemeinschaft den Truppenrückzug und die Wiederherstellung der kuwaitischen Souveränität überwachen, darauf folgt eine demokratische Wahl. Danach strebt der Plan eine Lösung sowohl für die Golfregion wie für den Libanon an, ebenso für die Palästinenser unter Wahrung der Sicherheit Israels. In einer vierten Phase soll die gegenseitig vereinbarte Abrüstung der Staaten im Mittleren Osten und Nordafrika folgen.

Gegen die Stimme Kubas erweitert der UN-Sicherheitsrat am 25. Sept. die bestehende See- und Landblockade gegen den Irak auf die Luftwege.⁵³ Zusammen mit ihren wichtigsten Verbündeten gründen die USA die *Gulf Crisis Financial Coordination Group* zur Koordination der Unterstützung für die vom Embargo gegen den Irak am schwersten betroffenen Staaten. Ziel dieser Organisation ist die Aufrechterhaltung der von der UNO verhängten Sanktionen. Die UdSSR, welche zu diesem Zeitpunkt keine Bodentruppen in die Golfregion entsandte, erklären angesichts des stetig zunehmenden politischen und militärischen Drucks auf den Irak, militärische Aktionen lediglich unter dem Oberbefehl der UNO zu unterstützen. Anfang Nov. 1990 sind in der Golfregion ungefähr 220.000 amerikanische, sowie Soldaten von weiteren 21 Nationen und 45 Kriegsschiffe stationiert; ihnen gegenüber stehen 430.000 irakische Soldaten. In den ersten zwei Monaten der Krise sind über eine Million Ausländer aus dem Irak und Kuwait geflohen. Unterdessen werden die diplomatischen Lösungsversuche u.a. Mitterrands,⁵⁴ des japanischen Ministerpräsidenten *Kaifu* sowie des sowjetischen Diplomaten *Primakow* fortgesetzt.

Nachdem die USA Israel wegen des Massakers auf dem Jerusalemer Tempelberg am 8. Okt. im UN-Sicherheitsrat mit verurteilen, um die antiirakische Koalition nicht zu schwächen und um Saddam Hussein in der Palästinenserfrage nicht die Meinungsführerschaft in der arabischen Welt zu überlassen, verstärkt dies in der Weltöffentlichkeit mit dem Eindruck der Zusammengehörigkeit beider Problemkreise, der irakischen Annexion Kuwaits und der Palästinenser-Frage. Mitte Oktober signalisiert Saddam Hussein durch inoffizielle Kanäle seine Bereitschaft zum Einlenken. Durch diesen diplomatischen "Versuchsballon" deutet der Irak an, zur Räumung der Stadt Kuwait bereit zu sein, dafür aber die nördliche Zone des Landes mit dem Ölfeld Rumaila und den beiden Inseln Warba und Bubijan zu behalten. Gegen die Möglichkeit der Überlassung beider Inseln an den Irak legt Iran, um seine Vormachtstellung im Arabisch/Persischen Golf besorgt,

energischen Protest ein. Obgleich die innenpolitische Unterstützung in den USA für den Truppenaufmarsch spürbar nachläßt, lehnt der amerikanische Präsident alle Teillösungen kategorisch ab und droht vielmehr mit einem einseitigen militärischen Angriff auf den Irak. Um das Staatenbündnis gegen den Irak zu spalten, läßt Saddam Hussein nach inoffiziellen Delegationsbesuchen einige der etwa 4.000 westlichen Geiseln, darunter auch alle französischen Staatsbürger (29. Okt.), frei.

Die Kriegsziele der westlich-arabischen Koalition, insbesondere jedoch der USA, gehen zunehmend über die vom UN-Sicherheitsrat sanktionierten Ziele hinaus. Immer stärker treten Überlegungen zur Eliminierung des irakischen Militärpotentials in den Vordergrund. Der geforderte bedingungslose irakische Rückzug aus Kuwait würde dessen Militärmacht jedoch nicht verringern, sondern dem Irak langfristig die Kontrolle der Ölfelder Ostarabiens erlauben, darüber hinaus entfiele die Voraussetzung für die amerikanische Truppenpräsenz in den arabischen Staaten. Ein möglicher irakischer Rückzug wird als gefährlich bewertet, da die Rückkehr zum *Status quo ante* die potentielle Vormachtstellung des Irak in der Region sicherte.

US-Präsident Bush kommt innenpolitisch zunehmend unter Druck, als der Kongreß ihn ausdrücklich zur Vorsicht bei der militärischen Option mahnt und auch amerikanische Militärs von einem Schlag gegen den Irak abraten, da "ein Krieg nicht im Interesse eines langfristigen Machtgleichgewichts am Golf liege".⁵⁵ Daneben warnt auch die VR China, die ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist, vor einer Intervention der Supermächte. Anfang November wird der chinesische Außenminister *Qian* in die Golfregion entsandt, um die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung auszuloten.

Das Handelsembargo gegen den Irak zeigt nach amerikanischer Darstellung erste Auswirkungen; so rationiert der Irak bereits Grundnahrungsmittel wie Brot und Zucker. Unterdessen wird berichtet, Hunderte asiatischer Gastarbeiter seien in Kuwait verhungert. Der SPD-Ehrenvorsitzende *Brandt* entwirft während seiner Irak-Mission Vorstellungen über eine Übertragung des Modells der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* auf eine Nahost-Friedenslösung. Ähnlich wie zuvor schon prominenten Persönlichkeiten anderer Staaten gelingt es *Brandt*, am 9. Nov. mit 177 Deutschen und vorwiegend Westeuropäern aus dem Irak heimzukehren. Diese nationalen Einzelgänge zur Heimholung von Geiseln, an denen auch amerikanische Prominente teilnehmen, stoßen jedoch neben Verständnis wegen ihrer humanitären Absicht auch auf massive Kritik. Ein solcher "Geiseltourismus" biete dem Irak Zeit und Gelegenheit zu diplomatischen Propagandaoffensiven und könne zu einem Aufbrechen der internationalen Staatengemeinschaft gegen den Aggressor führen.⁵⁶

Die USA kündigen die Erhöhung ihrer Streitmacht auf insgesamt über 350.000 Mann an. Einerseits soll mit der Truppenverstärkung eine "angemessene militärische Offensiv-Option" signalisiert werden, andererseits impliziert die Ankündigung einen stillschweigenden Waffenstillstand von einigen Wochen, da diese Zeit zum Truppentransport benötigt wird. Innenpolitisch steht die amerikanische Administration weiterhin unter Druck, die Ziele ihrer Golf-Politik zu verdeutlichen; Außenminister Baker begründet das US-Engagement nunmehr auch mit der Furcht vor einer wirtschaftlichen Rezession, die eintrete, wenn dem irakischen Präsidenten die Kontrolle über das Öl überlassen bliebe.⁵⁷ Die Konferenz der katholischen Bischöfe Amerikas erklärt, die Stationierung von Streitkräften zur Abschreckung der irakischen Aggression bis zu

offensiven militärischen Aktionen fortzusetzen, verletze die Kriterien, nach denen ein Krieg nach der katholischen Lehre als gerechtfertigt anzusehen ist. Darüber hinaus entbrennt ein innenpolitischer Streit zwischen Exekutive und Legislative in den USA über die Reichweite der präsidentialen Vollmachten für militärische Aktionen. Um gegen den Irak militärisch vorgehen zu können, streben die USA nunmehr eine weitere UN-Resolution an, die ein solches Vorgehen explizit sanktionieren soll. Eine Initiative des marokkanischen Königs *Hassan* zur Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz zum Kuwait-Konflikt scheitert.

Unter der Bedingung, zuvor nicht kapitulieren zu müssen, bietet Saddam Hussein die Freilassung aller Ausländer im Irak und einen Dialog über alle Streitfragen an; dabei wird die Besetzung Kuwaits als Verhandlungsgegenstand explizit nicht ausgeschlossen. Als Gegenleistung verlangt der Irak eine Nichtangriffs-Garantie. Ohne diese jedoch zu erhalten, kündigt der Irak am 18. Nov. die sukzessive Freilassung aller Ausländer (von der irakischen Führung als "Gäste" bezeichnet) von Weihnachten 1990 bis Ende März 1991 an; von Militärexperten wird dieser Zeitraum als günstig für eine Offensive gegen den Irak bezeichnet. Dessenungeachtet gibt der Irak die Entsendung weiterer 200.000 Soldaten nach Kuwait bekannt. Mit der Forderung an die USA, dem Irak mehr Zeit für einen Rückzug einzuräumen, zeichnet sich in der ägyptischen Führung, die zu Beginn der militärischen Eskalation an vorderster Front stand, eine Trendwende ab. Auch erklärt der ägyptische Präsident Mubarak, Truppen seines Staates würden auf keinen Fall an einem Krieg auf irakischem Territorium teilnehmen; nach Kuwait könnten sie allenfalls als Teil einer arabischen Friedenstruppe entsandt werden. Um die angestrebte UN-Resolution noch vor dem Ende der amerikanischen Präsidentschaft im Sicherheitsrat verabschieden zu können, verstärken die USA ihre Bemühungen um diplomatische Unterstützung. Nach einem Treffen Bushs mit dem syrischen Staatschef Assad stellt die amerikanische Seite die Übereinstimmung mit der Forderung nach einem bedingungslosen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait in den Vordergrund; die syrische Delegation spricht vor allem von amerikanischer Unterstützung für die Vorstellungen Assads zur Lösung des israelisch-arabischen Konflikts.⁵⁸ Im Vorfeld der Anstrengungen um das Zustandekommen der UN-Resolution, die dem Irak auch ein Ultimatum für den Rückzug setzen soll, verspricht die amerikanische Regierung Vertretern der Palästinenser gegenüber, eine Resolution zu ihrem Schutz in den von Israel besetzten Gebieten zu diskutieren.

Am 29. Nov. 1990 bevollmächtigt der UN-Sicherheitsrat in seiner 11. Resolution zum Kuwait-Konflikt (Nr. 678) seine Mitgliedstaaten, "alle notwendigen Mittel einzusetzen, um die Resolution 660 ... und alle relevanten darauffolgenden Resolutionen umzusetzen und zu verwirklichen, ... wenn der Irak nicht bis zum 15. Januar 1991 die oben genannten Resolutionen ... voll angewendet hat, ..."⁵⁹ Überraschend kündigt der amerikanische Präsident jedoch seine Bereitschaft an, Außenminister Baker nach Bagdad zu schicken; gleichzeitig wird der irakische Außenminister Aziz zu Gesprächen nach Washington eingeladen. Obgleich Saddam Hussein den Verzicht auf Kuwait erneut mit der Forderung nach dem Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten verbindet, nimmt er den Vorschlag zum direkten Dialog an. Während die amerikanische Initiative den innenpolitischen Druck auf George Bush mindert, den Ölpreis sinken sowie die Börsenkurse steigen läßt und der Vorstoß auch von der kuwaitischen Exilregierung begrüßt wird, offenbaren diese erleichterten Reaktionen der westlichen Welt nach Meinung erfahrener Beobachter nur, daß "die psychologi-

sche Bereitschaft..., an die Fata Morganas diplomatischer Lösungen zu glauben, immer noch groß" ist.⁶⁰ Dies werde von Bagdad als ein Zeichen der Unentschlossenheit, der Kriegsunwilligkeit unter allen Umständen und des Zögerns mißdeutet.

5. Lösungsperspektiven

Die gegenwärtige Lage am Golf und im Nahen Osten ist von einem kritischen Konfrontationszustand charakterisiert, der die gesamte Region in Flammen zu setzen droht. Prominente Politiker, Militärs und Diplomaten wie UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar sprechen bereits von der Gefahr eines neuen Weltkrieges. In der Tat sprechen zahlreiche Anzeichen für eine weitere Eskalation der Ereignisse. So hat das Forschungsprojekt *KOSIMO* (Akronym für *Konfliktsimulationsmodell*) am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg u. a. ergeben, daß die Wahrscheinlichkeit einer Konflikteskalation zunimmt,

- wenn ein Konflikt mehrere Dimensionen hat: "Conflicts become more difficult to solve as more different structural variables accumulate (economic, social, ethnic, religious, cultural, political);"⁶¹
- wenn die unmittelbar beteiligten Konfliktparteien von außen unterstützt werden;
- wenn vitale Interessen, wie die physische Existenz von Staaten, auf dem Spiel stehen oder das strategische Machtverhältnis im Internationalen System bedroht wird;
- wenn der Konflikt als Nullsummenspiel betrachtet wird;
- wenn die Gefahr besteht, daß eine der Konfliktparteien das Gesicht verliert.⁶²

Alle diese Voraussetzungen für eine weitere Eskalation des Konfliktes scheinen gegenwärtig erfüllt: der Konflikt hat aufgrund des Ölreichtums der Region eine ökonomische Dimension, er kann als Auseinandersetzung zwischen Moslems und Christen, zwischen Arabern und Europäern ebenso interpretiert werden wie als Konflikt zwischen armen und reichen Nationen. Die Anzahl der Beteiligten ist groß, Kuwait und die USA werden von zahlreichen Staaten der Welt unterstützt, aber auch Saddam Hussein steht nicht völlig isoliert da: er wird von Jordanien, dem Jemen und Libyen, vor allem aber von den pauperisierten Massen der Region unterstützt, die in ihm einen neuen Nasser sehen, der ihnen die Einheit der arabischen Nation bringen wird. Mehr denn je ist darüber hinaus der Fortbestand der politischen Strukturen im Nahen Osten bedroht. Der Gewinn des Einen bedeutet in diesem Konflikt scheinbar automatisch die Niederlage des Anderen, da sowohl Saddam Hussein als auch George Bush ihre Forderungen so hoch geschraubt haben, daß jede Konzession als Gesichtsverlust interpretiert werden könnte, der möglicherweise zum Machtverlust der jeweiligen Protagonisten führt.

Bei aller verbaler - und im Falle des irakischen Vorgehens gegen Kuwait - manifester Aggression, zeigt der bisherige Verlauf der Konfrontation dennoch, daß beide Seiten eine militärische Auseinandersetzung

angesichts der irreversiblen Schäden, die ein Krieg nach sich ziehen würde, möglichst vermeiden wollen. Dies wird z. B. daraus ersichtlich, daß Saddam Hussein das Ultimatum zur Räumung der Botschaften in Kuwait verstreichen ließ, ohne die angekündigten drakonischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie Saddams scheint einerseits auf Zeitgewinn zu setzen, andererseits auf eine Durchbrechung der Isolation, indem er beispielsweise Staaten der Dritten Welt kostenlose Öllieferungen anbietet und eine differenzierte "Geiselpolitik" betreibt, mit der er die Geschlossenheit der westlichen Welt auf die Probe zu stellen versucht. Während er beispielsweise die französischen und deutschen Geiseln mittlerweile alle freigelassen hat, hält er immer noch zahlreiche Briten und Amerikaner an strategisch wichtigen Punkten fest. Langfristig hofft er wohl, daß die Stationierung ausländischer Truppen am Golf den westlichen Industrienationen zu teuer wird bzw. sich aufgrund arabischen Drucks politisch nicht mehr durchsetzen läßt, ohne daß sie einen Gesichtsverlust im gesamtarabischen Raum riskieren. Saddam Hussein weiß überdies, daß er dem potentiellen Gegner zwar immensen Schaden zufügen kann, ob er angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen seiner Gegner einen Krieg gewinnen kann, scheint indessen mehr als zweifelhaft, selbst wenn er versuchen sollte, die arabische Welt mit einem Verzweiflungsschlag gegen Israel hinter sich zu bringen.

Auch auf amerikanischer Seite scheint man sich des Risikos einer militärischen Konfrontation wohl bewußt. Zwar haben die USA und andere Staaten der multinationalen Allianz gegen Saddam Hussein mittlerweile mehr als 500.000 Soldaten in der Krisenregion stationiert, doch selbst erfahrene Militärs bezweifeln indessen, daß die Eingreiftruppe für eine längere Auseinandersetzung gegen die kriegserfahrene, mit modernsten Waffen ausgestattete Armee des Irak gerüstet ist. Pannen wie bei der mißglückten Befreiung der Geiseln in Teheran im Jahre 1979, aber auch bei der vergleichbar einfachen Aufgabe der Entmachtung des panamaischen Diktators Noriega im Dezember 1989 legen der US-Administration angesichts einer ungleich schwierigeren Situation daher - auch im Hinblick auf die nach wie vor festgehaltenen US-amerikanischen Geiseln - ein behutsames Vorgehen nahe. Hinzu kommt, daß der innenpolitische Widerstand in den USA gegen eine Militäraktion zunimmt. Gegen eine Militäraktion spricht auch, daß Saddam Hussein in der Lage ist, die Ölfelder im arabischen Raum zu zerstören. Außerdem verfügt er über B- und C-Waffen und hat innenpolitisch allem Anschein nach freie Hand. Weder von Seiten der Kurden noch von sonstigen innenpolitischen Gruppierungen dürfte er mit Widerstand zu rechnen haben, da er jegliche Opposition in den vergangenen Jahren mit brutalsten Methoden ausgeschaltet hat. Allerdings ist über die innenpolitische Situation im Irak wegen der hermetischen Abschottung nach außen nur wenig in Erfahrung zu bringen.

Angesichts dieser Situationseinschätzung erscheint eine "politische" Lösung der Krise nicht völlig chancenlos, auch wenn die Indikatoren eine Eskalation nahelegen. Die wissenschaftliche Literatur gibt eine Reihe von Hinweisen, welche Voraussetzungen und Bedingungen für eine politische Lösung - und im gegenwärtigen Kontext kann es sich hierbei nur um eine Verhandlungslösung handeln, die den Forderungen und Interessen beider Seiten in welcher Form auch immer Rechnung trägt - gegeben sein müssen.⁶³

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen sind dabei die in der Einleitung bereits genannten Determinantenfelder, die eine friedliche Konfliktlösung bestimmen:

a) Konfliktstruktur und -konstellation, b) Art und Identität des Vermittlers, c) Wahl einer geeigneten Verhandlungs- und Vermittlungsstrategie.⁶⁴

Im Zentrum des Modells steht die **Regierung** des jeweiligen Staates als zentraler Akteur. Ihr Kalkül wird neben der Bewertung des jeweiligen Konfliktgegenstandes von drei Bereichen bestimmt:

- von der Einschätzung ihrer innenpolitischen Position;
- von ihrer Einschätzung des Verhaltens der Staaten im regionalen Umfeld;
- von ihrer Einschätzung des Verhaltens der Supermächte und des internationalen Systems.

Innerhalb dieses Kräftedreiecks wird der Akteur eine Kosten/Nutzen-Analyse vornehmen und entscheiden, ob er besser mit Hilfe einer einseitigen Interessendurchsetzung in den Besitz des Konfliktgegenstandes kommen kann oder eher durch Verhandlungen bzw. Kompromißbereitschaft.

5.1. Konfliktstruktur und -konstellation

In Anlehnung an die Überlegungen des amerikanischen Politikwissenschaftlers **William Zartman**⁶⁵ stehen den Akteuren in Konfliktsituationen prinzipiell zwei Handlungsoptionen zur Verfügung: Option 1 steht für den Versuch einer **einseitigen Interessendurchsetzung** wie im Falle der Besetzung Kuwaits durch Saddam Hussein. Diese Option führt in der Regel dann zur Eskalation des Konfliktes, wenn der Herausforderung ("challenge" ⁶⁶) des Initiators, d.h. desjenigen, der den Status quo verändern will, Widerstand entgegengebracht wird, wie im vorliegenden Falle durch die Entsendung von Truppen durch die USA und andere Staaten. Option 2 steht für eine **konziliante, kompromißbereite Haltung** einer Regierung, wobei der Auswahl von Option 1 oder Option 2 eine Kosten/Nutzen-Rechnung durch die jeweiligen Akteure vorangeht. Option 2 wird in der Regel nur dann gewählt, wenn die Kosten einer einseitigen Interessendurchsetzung ihren Nutzen zu übersteigen drohen. Ziel einer politischen Lösung muß es daher sein, die Wahrnehmung der Konfliktparteien dahingehend zu beeinflussen, daß sie steigende Kosten für Option 1 perzipieren, gleichzeitig aber den Nutzen von Option 2 positiver beurteilen und damit eine Veränderung ihrer Prioritäten vornehmen.⁶⁷

Eine solche Änderung der Prioritäten kann sich auf unterschiedliche Art und Weise und auf unterschiedlichen Ebenen vollziehen. Auf **innenpolitischer Ebene** deutet sich vor allem in den USA ein Prioritätenwandel an. Präsident Bush bekommt zunehmend innenpolitischen Widerstand gegen eine militärische Gewaltanwendung am Golf zu spüren. Darauf dürfte u.a. das überraschende Angebot, Außenminister Baker

nach Bagdad zu entsenden, zurückzuführen sein. Saddam Hussein scheint seinerseits allmählich den verstärkten Druck auf internationaler Ebene wahrzunehmen. Die Verabschiedung der UNO-Resolution Nr. 678, die die Anwendung militärischer Gewalt sanktioniert, sowie die angekündigte Verstärkung der US-Truppen auf bis zu 500.000 Mann, können die Kosten für eine fortgesetzte Okkupation Kuwaits durch den Irak in erheblichem Maße in die Höhe treiben und ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt. Die Kosten für eine einseitige Interessendurchsetzung steigen somit für beide Hauptakteure. Der zweite Ansatzpunkt einer politischen Konfliktlösung ist nun die Steigerung des Nutzens einer nicht-militärischen Lösung für beide Akteure. Dies bedeutet einerseits, daß den Protagonisten die Möglichkeit eröffnet werden muß, ihr Gesicht zu wahren, andererseits müssen Anreize für ein Einlenken geschaffen werden. Für George Bush ergeben sich aus diesen Erfordernissen die geringeren Probleme: Da er aufgrund des innenpolitischen Widerstands gegen eine Militäraktion derzeit nicht damit rechnen muß, daß ihm außenpolitische "Falken" Verrat nationaler Interessen vorwerfen, kann er sich gesprächsbereit zeigen. Die Aussicht auf Vermeidung eines Krieges und der damit verbundenen Folgekosten ist an sich schon ein Anreiz für begrenzte Zugeständnisse. Schwieriger indessen stellt sich die Situation im Hinblick auf Saddam Hussein dar, denn einerseits dringt wenig über seine innenpolitische Stärke nach außen, andererseits ist man bei der Beurteilung seines Kosten/Nutzen-Kalküls auf Spekulationen angewiesen. Trotz dieser Einschränkungen kann generell davon ausgegangen werden, daß beispielsweise ökonomische oder sicherheitspolitische Anreize geeignet sind, widerstrebende Konfliktparteien zum Einlenken zu bewegen,⁶⁸ wie z.B. im Falle der Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel, die 1978 und 1979 zu den Camp-David-Abkommen geführt haben, in denen die USA beiden Parteien massive finanzielle Unterstützung gewährte.⁶⁹ Entscheidend ist also, daß man Saddam Hussein eine "Goldene Brücke" baut, die es ihm erlaubt, sich aus Kuwait zurückzuziehen, ohne das Gesicht zu verlieren. Die Demonstration der Entschlossenheit (und Fähigkeit) der internationalen Staatengemeinschaft zur Militäraktion muß also gepaart sein mit positiven Anreizen für einen Rückzug Iraks aus Kuwait. Die hinter einem solchen Vorgehen steckende Logik zielt darauf ab, die Verteilungsmasse in einem Konflikt zu vergrößern und aus einem Nullsummenspiel, in dem der Gewinn des Einen automatisch die Niederlage des Anderen bedeutet, ein Spiel mit positiver Summe zu machen, indem zusätzliche, von beiden Konfliktparteien hoch eingeschätzte Güter (Kriegsvermeidung, territoriale Zugewinne, Nichtangriffsgarantien) in den Konflikt eingebracht werden. In den Genuß dieser Güter kommen die Konfliktparteien allerdings erst dann, wenn sie sich auf eine Lösung des Konfliktes einigen.⁷⁰

Welche Möglichkeiten zur Schaffung positiver Anreize bietet der vorliegende Fall? Von Saddam Hussein selbst hergestellt wurde eine Verbindung der Kuwait-Frage mit der Palästinenser-Frage, d.h. die Koppelung des Rückzugs der Iraker aus Kuwait mit dem Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten. Dies stellt ein klassisches Junktim dar, vergleichbar mit der Lösungsformel im Namibia-Konflikt, als US-Präsident Reagan 1982 die Lösung des Namibia-Problems an die Bedingung des Rückzugs der Kubaner aus dem ebenfalls umkämpften Angola verband. In dieselbe Richtung zielt der 4-Punkte-Plan, den der französische Staatspräsident Mitterrand am 24. Sept. 1990 vor der UNO-Vollversammlung machte. Dieser Vorschlag ist aber aus mehreren Gründen problematisch: Zum einen könnte sich Saddam Hussein als großer Sieger feiern

lassen, wenn eine Lösung auf dieser Basis gefunden würde. Fast zwangsläufig würde dies den Einfluß des irakischen Diktators im Nahen Osten vergrößern, eine Vorstellung, die weder für die USA, noch für Israel, aber auch nicht für den Iran und für die gemäßigten (d.h. pro-westlichen) Staaten der Region gegenwärtig akzeptabel wäre. Andererseits: Selbst wenn die USA - was angesichts der bisherigen Nahost-Politik der USA unwahrscheinlich ist - Druck auf Israel ausüben würde, muß bezweifelt werden, ob die USA über genügend Druckpotential verfügen, um Israel zur Herausgabe der besetzten Gebiete zwingen zu können, denn wie neuere Untersuchungen über regionale Konflikte in der Dritten Welt gezeigt haben,⁷¹ verbleibt lokalen Akteuren auch bei vordergründiger Abhängigkeit von Supermächten noch immer ein beträchtliches Maß an "relativer Autonomie" (Senghaas) gegenüber dem beherrschenden Einfluß der Supermächte. Allenfalls eine zeitliche Staffelung beim Rückzug und bei dem Versuch einer Lösung des gesamten Nahostproblems wäre denkbar, da für beide Parteien die Möglichkeit bestünde, "Gras über eventuelle Zusagen wachsen zu lassen". In eine ähnliche Richtung, aber weniger weitreichend gehen Vorschläge, dem Irak kleinere territoriale Zugeständnisse als "Belohnung" für einen Rückzug aus Kuwait anzubieten, d.h. ihm z. B. Nutzungsrechte für die umstrittenen Inseln Warba und Bubijan einzuräumen bzw. ihre Souveränität abzutreten. Allerdings erscheint es zum gegenwärtigen Zeitpunkt zweifelhaft, ob der Irak auf ein solches Angebot eingehen würde, da er doch bereits im Besitz des gesamten kuwaitischen Territoriums ist. Gleiches gilt für einen eventuellen Schuldenerlaß oder ein Angebot zur Nutzung der umstrittenen Ölfelder an der irakisch-kuwaitischen Grenze. Um einen Prioritätenwandel herbeizuführen, ist der von der Blockade ausgehende Druck daher fortzusetzen.

Berücksichtigt man die Erfahrung, daß territoriale Ansprüche in internationalen Konflikten oft nur vorgeschoben werden,⁷² um die wahren Absichten der Akteure zu verschleiern, so könnte, vom "problem-solving-approach" John Burtons⁷³ ausgehend, ein anderer Zugang zu einer Lösung des Problems gefunden werden: Hält man sich den Anlaß des gegenwärtigen Konfliktes - die Nichteinhaltung der von der OPEC vereinbarten Förderquoten durch Kuwait - vor Augen, so wird deutlich, daß eine wesentliche Ursache für den Konflikt einerseits in der ungleichen Verteilung der durch die Ölförderung erzielten Gewinne in der Region liegt - die pauperisierten arabischen Massen jubeln Saddam Hussein nicht zuletzt deshalb zu, weil er die unbeliebten, "aus goldenen Wasserhähnen trinkenden Emire" aus dem Amt gejagt hat. Andererseits liegt das Kernproblem in dem schier unersättlichen Hunger der USA und anderer Industrienationen auf billiges Öl. Entgegen ihrer in der Ölkrise 1973 gereiften Vorsätze betrieben die Industrienationen keine konsequente Weg-vom-Öl-Politik, um ihre Abhängigkeit von den politisch instabilen Förderländern zu vermindern. Je größer die Abhängigkeit, desto größer ist aber offenbar auch die Bereitschaft, ja geradezu der Zwang, sich gegen politische Störungen in einer Region von "vitalem Interesse" (Carter-Doktrin) zur Wehr zu setzen. Auf eine langfristige Lösung des Konfliktes zielen daher Vorschläge, die eine gerechtere Verteilung der Öleinkünfte in der Region und eine Verringerung des Ölbedarfs in den Industrienationen durch Energieeinsparungen abzielen. Zusammenfassend könnte man daher die *Conditio sine qua non* für eine tragfähige politische Lösungsformel folgendermaßen charakterisieren:

Conflict resolution requires an outcome that has something for everyone. Parties cannot be expected to give up their claims without receiving compensations.⁷⁴

Neben der Frage nach der Lösungsformel für den Konflikt spielt der **Zeitfaktor** eine ausschlaggebende Rolle. Zartman nennt im wesentlichen drei Voraussetzungen, die den passenden Moment für eine Konfliktlösung charakterisieren:

The success of mediation is tied to the perception and creation of a ripe moment in the conflict - either when the parties are locked in a mutual hurting stalemate marked by a recent or impending catastrophe, when unilateral solutions are blocked and joint solutions become conceivable; or when the 'ups' and 'downs' start to shift their relative power positions.⁷⁵

Was folgt hieraus für die politische Lösung der Golf-Krise? Unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung kann sich die für beide Seiten notwendige schmerzhaft Patt-Situation (*hurting stalemate*) dann ergeben, wenn die Blockade greift und der Irak tatsächlich in Versorgungsschwierigkeiten gerät. Die Blockade muß also aus dieser Perspektive heraus befürwortet werden. Sie scheint unterhalb der Schwelle militärischer Aktionen das einzige Mittel zu sein, den Irak in eine Pattsituation zu treiben. Allerdings ist zu vermeiden, daß der Irak in eine Situation gerät, in der er mit dem Rücken zur Wand steht und zu einem irrationalen Verzweiflungsschlag greift. Daher sollten Nahrungsmittel- und Medikamentenlieferungen von der Blockade nach wie vor ausgenommen bleiben. Für die antiirakische Allianz könnte sich eine *hurting stalemate*-Situation ergeben, wenn das militärische Engagement der Industrienationen und der gemäßigten Araber aus Kosten- oder Akzeptanzgründen so unter Druck geriete, daß sich auch auf dieser Seite ein Prioritätenwandel einstellen würde. Schließlich ergibt sich dann ein günstiger Zeitpunkt, wenn dem Irak bewußt wird, daß er seine gegenwärtige Position nicht mehr aufrechterhalten kann und daher bemüht sein wird, wenigstens einen Teilerfolg zu erzielen. Anzeichen in diese Richtung deuten sich Mitte Oktober bereits an, als der Irak über inoffizielle Kanäle seine Bereitschaft bekundet, über den Besitz der beiden umstrittenen Inseln Bubjan und Warba als Gegenleistung für einen Rückzug aus Kuwait zu verhandeln. Auch auf der anderen Seite scheint Bewegung in den Konflikt zu kommen. Erstmals hat die kuwaitische Exilregierung am 15. Okt. ihre Bereitschaft zu politischen Reformen nach Beendigung der Krise durchblicken lassen. Auch die USA signalisieren mit der Offerte, Außenminister Baker nach Bagdad zu entsenden bzw. den irakischen Außenminister Aziz zu empfangen, Gesprächsbereitschaft. Im Hinblick auf das am 15. Jan. 1991 auslaufende Ultimatum erscheint zudem das Bewußtsein für eine bevorstehenden Katastrophe (*impending catastrophe*) geschärft, sodaß vieles dafür spricht, daß der Zeitpunkt für eine Verhandlungslösung jetzt reif ist.

5.2. Die Wahl eines geeigneten Vermittlers

Wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, scheint nur eine beide Parteien zufriedenstellende Verhandlungslösung dauerhaft Gewähr für den Frieden im Golf zu liefern. Ob eine solche Lösung unter den gegebenen Umständen von den Konfliktparteien selbst gefunden werden kann, erscheint zweifelhaft, da sie sich in Positionen hineinmanövriert haben, aus denen sie nur schwer wieder herauskönnen. Die Situation gleicht derzeit einer klassischen "Brinkmanship"-Krise, in der beide Parteien auf einen Abgrund zurasen und derjenige verliert, der zuerst die Bremse zieht - mit der Gefahr, daß beide in den Abgrund stürzen.⁷⁶ Umso begrüßenswerter ist es daher, daß neben den in den Medien mit wachsender Sorge verfolgten Kriegsvorbereitungen eine Phase intensiver diplomatischer Bemühungen um eine politische Lösung zu beobachten ist. Zahlreiche Politiker verschiedener Nationen haben sich als Vermittler angeboten, mit dem Ziel, zu einer Entschärfung der Krise beizutragen.⁷⁷

Wir gehen dabei ähnlich wie die Autoren in der herangezogenen Literatur davon aus, daß im vorliegenden Fall nicht jeder potentielle Vermittler gleichermaßen Aussichten auf Erfolg hat, daß neben der Konfliktkonstellation und der Vermittlungsstrategie eben auch die Identität des Vermittlers Einfluß auf das Konfliktergebnis haben kann. Angesichts der Bedeutung, die einer politischen Lösung zukommt, ist daher auch der Auswahl eines möglichst geeigneten Vermittlers große Beachtung zu schenken, wenngleich über die Frage der Eignung eines Vermittlers in der Literatur widersprüchliche Aussagen vorliegen.⁷⁸ Young zufolge soll ein Vermittler - gleich, ob internationale bzw. regionale Organisation, Staat oder Individuum - über folgende grundlegende Eigenschaften verfügen:⁷⁹ Er soll in dem Sinne unparteiisch sein, daß er keinen eigenen Gewinn aus seiner Vermittlungstätigkeit ziehen kann und daß er den legitimen Interessen aller Konfliktparteien Rechnung trägt.⁸⁰ Der Vermittler soll ferner unabhängig sein von einer politischen Gruppierung oder einem Staat, der ein Eigeninteresse am Ausgang des jeweiligen Konfliktes hat. Darüber hinaus sollten Vermittler über Eigenschaften wie Respektabilität, Sachkompetenz und Vertrauenswürdigkeit⁸¹ verfügen.

Abgesehen von persönlichen Eigenschaften eines Vermittlers sollte die Dritte Partei schließlich über ausreichende Ressourcen verfügen und diese auch kurzfristig mobilisieren können. Gibt ein Vermittler beispielsweise Garantien zur Überwachung der Einhaltung von Abkommen ab, wie beispielsweise die USA im peruanisch-ecuadorianischen Grenzstreit seit 1942,⁸² muß er auch über die praktischen Möglichkeiten verfügen, diese Garantien zu übernehmen. Hierzu gehören u.a. Kommunikationsverbindungen, Ausrüstung und Personal, Experten, Transportmöglichkeiten sowie militärische Kapazitäten.

Betrachtet man nun, wer als Vermittler in Frage kommen könnte, so ergibt sich die vordergründig naheliegende Perspektive einer Vermittlungsinitiative der UNO. UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat infolge seiner Vermittlungstätigkeit im Afghanistan-Konflikt und im Golfkrieg hohes persönliches Prestige als Vermittler erworben und hat darüber hinaus den Vorteil, mit dem Führungspersonal der Konfliktparteien persönlich bekannt zu sein. Die UNO brächte zudem Sachverstand und gute Kommunikationsmöglichkeiten

in den Vermittlungsprozeß ein. Allerdings ist zu befürchten, daß die UNO sich durch ihre gegen den Irak gerichteten Resolutionen und die Verhängung der Boykottmaßnahmen zu eindeutig Stellung bezogen hat, als daß sie momentan vom Irak noch als unparteiischer Vermittler akzeptiert werden könnte. Dies schließt nicht aus, daß die UNO die inhaltliche Ausformung eines Friedensplans mitgestalten und ihre Umsetzung mit Friedenstruppen o. ä. überwachen könnte.

Der historische Hintergrund des Konfliktes legt nahe, daß die Arabische Liga als Regionalorganisation erneut als Vermittler in den Konflikt eingreift, wie sie es bereits 1961 und 1973 getan hat. Die arabischen Spitzenpolitiker betonen darüber hinaus die Notwendigkeit einer arabischen Lösung. Was läge daher näher, als die Arabische Liga einzuschalten? Allerdings zeigen die Vorgänge um den Rücktritt des AL-Generalsekretärs Klibi, daß die immer schon latenten Spaltungstendenzen im arabischen Lager eine erfolgreiche Vermittlung im gegenwärtigen Konflikt unwahrscheinlich machen, da im Gegensatz zur Situation von 1961, als die Liga dem Irak mit der Aufnahme Kuwaits in ihre Reihen unmißverständlich signalisierte, daß er inmitten seiner arabischen Bruderländer isoliert war, heute die Differenzen über den Einmarsch des Irak in Kuwait innerhalb der Liga nahezu unüberbrückbar erscheinen. Hinzu kommt, daß Saddam Hussein geschickt die palästinensisch/israelische Karte spielte und damit die ohnehin vorhandene Kluft zwischen den arabischen Volksmassen und ihren Regierungen weiter vergrößerte.

Intensive diplomatische Bemühungen zur friedlichen Beilegung der Krise sind aus Jordanien festzustellen. Dies wird verständlich, wenn man das Dilemma betrachtet, in dem sich der jordanische König Hussein befindet: Vom Westen bedrängt, er möge sich an die Sanktionen halten, ist er wirtschaftlich sehr stark vom Irak abhängig, tendiert aber gleichzeitig ideologisch in Richtung Westen. Hinzu kommt, daß sein Land geographisch in der Zwickmühle zwischen den Erzrivalen Israel und dem Irak steckt und daß das Verhältnis des autokratischen Monarchen zu den progressistischen, pro-irakischen palästinensischen Flüchtlingen im Land spätestens seit dem Schwarzen September 1970 getrübt ist. Hinzu kommen nahezu unüberwindbare ökonomische Probleme infolge der Zuwanderung von weiteren Flüchtlingen aus dem Krisengebiet. In dieser Situation muß er alles tun, um einen Krieg im Golf, in den möglicherweise sogar Israel hineingezogen wird, zu vermeiden, da er in diesem Falle um sein politisches Überleben bangen müßte. König Hussein von Jordanien kommt auf der anderen Seite allerdings zugute, daß er aufgrund seiner lavierenden Haltung noch über einen direkten Zugang zum irakischen Präsidenten verfügt. Dies ist angesichts der Gefahr von Fehlperzeptionen über Absichten und Ziele der Konfliktpartei infolge gestörter Kommunikationsverbindungen ein nicht zu unterschätzender Aktivposten Jordaniens, denn oft signalisieren Konfliktparteien Konzessionsbereitschaft über verklausulierte Wege oder symbolische Akte, die von der Gegenseite richtig interpretiert werden müssen.

Neben Hussein von Jordanien scheint sich PLO-Chef *Arafat* um eine Lösung zu bemühen. Er konnte allerdings infolge der Verknüpfung der Kuwait-Frage mit dem Palästinenser-Problem der Versuchung nicht

widerstehen, im Kuwait-Konflikt für Saddam Hussein - der seinerseits die Sache der Palästinenser seit Jahrzehnten unterstützt - Partei zu ergreifen. Indem er kurzsichtig nach jedem sich seiner Klientel bietenden Strohalm greift, hat sich der PLO-Chef auch bei jenen in Israel und in denjenigen Industrieländern, die der Sache der PLO wohlwollend gegenüberstehen, als Vermittler desavouiert.

Nach wie vor hohes Prestige als Vermittler bei Konflikten im Vorderen und Mittleren Orient genießt Algerien infolge seines mythifizierten antikolonialen Befreiungskampfes gegen Frankreich. Obgleich ideologisch nicht auf der Linie der USA, versuchte Algerien bereits bei der Befreiung der amerikanischen Geiseln in Teheran Ende der 70er Jahre, d.h. in einem Konflikt zwischen einem westlichen Industrieland und einem islamischen Staat, zu vermitteln⁸³. Insofern könnte Algerien für beide Kontrahenten auch in diesem Konflikt als Vermittler akzeptabel sein. Allerdings fehlt Algerien - wie im übrigen den bisher genannten Staaten und Organisationen auch - die materielle Autorität, eventuell zwischen den Konfliktparteien getroffene Vereinbarungen zu kontrollieren und Verstöße gegebenenfalls zu sanktionieren.

Erhebliches Aufsehen erregte der 4-Punkte-Plan, den der französische Staatspräsident Mitterrand der UNO-Vollversammlung am 24. Sept. 1990 unterbreitete.⁸⁴ Dies gibt Anlaß zu Überlegungen, ob Frankreich eine Vermittlerrolle zukommen könnte. Im Gegensatz zu den USA, aber auch zu Großbritannien ist Frankreich auf internationaler Ebene bisher kaum durch spektakuläre Vermittlungsaktionen in Erscheinung getreten. Im vorliegenden Konflikt hat es durch die Entsendung von Truppen in die Golfregion eindeutig Partei gegen den Irak ergriffen. Insofern würde auch Frankreich das Kriterium der Unparteilichkeit nicht erfüllen, zumal seine jahrzehntelange Parteinahme für die christlichen Maroniten im Libanon Frankreich den arabischen Staaten gegenüber disqualifizieren könnte. Dennoch könnte Frankreich eine wichtige Rolle in den Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes spielen, da es von den großen westlichen Industrienationen den engsten wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kontakt zum Irak pflegte. Möglicherweise könnte inoffiziell eine Art Arbeitsteilung innerhalb der Gruppe der Industrienationen eingerichtet werden, in der Frankreich die Funktion des Sondierenden zufiele, der im Kontakt mit dem Irak und den USA den Spielraum für etwaige Kompromisse auslotet, während es dadurch der USA gleichzeitig ermöglicht würde, nach außen hin Härte und Entschlossenheit zu demonstrieren. Eine ähnliche Rolle könnte auf der Gegenseite Jordanien zufallen.

Eine Sonderrolle spielt seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Sowjetunion. Sie hat die Verurteilung der irakischen Aggression ebenfalls unmißverständlich klargemacht und unter bestimmten Bedingungen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Militäraktionen der UNO bekundet. Fraglich ist allerdings, ob die UdSSR angesichts der immensen inneren Probleme gewillt ist, von der seit dem Amtsantritt Gorbatschows praktizierten Politik des Rückzugs aus der Weltpolitik und insbesondere aus dem Nahen Osten abzuweichen. Mehr noch als Frankreich könnte die Sowjetunion aufgrund ihrer traditionell guten Beziehungen zum Irak und wegen ihres Prestiges als militärische Supermacht als Vermittler fungieren.

Was die übrigen Staaten und Organisationen, etwa die Schweiz, Jugoslawien als derzeitigen Vorsitzenden der Blockfreienbewegung oder das Internationale Komitee des Roten Kreuzes anbelangt, so sind von diesen Akteuren aufgrund der historischen Erfahrung seit 1945 und ihrer beschränkten Kapazitäten allenfalls Hilfsleistungen wie etwa Gute Dienste u.ä. zu erwarten.

5.3. Strategie und Taktik des Vermittlungsprozesses

Zum Abschluß unserer Ausführungen wollen wir uns mit dem Problem befassen, wie eine Vermittlungsaktion zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden kann. Diese Frage ist gegenwärtig insofern hypothetisch, als die Vorbedingungen der Konfliktparteien zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu hohe Hürden darstellen, als daß Verhandlungen bereits hätten eingeleitet werden können. Im Vorgriff auf eine zukünftige Situation lohnt sich dennoch ein Blick auf die von der Verhandlungstheorie vorgeschlagenen Konzepte.

In zahlreichen Konflikten sieht sich ein potentieller Vermittler zunächst mit dem Problem konfrontiert, die Kontrahenten an den Verhandlungstisch bringen zu müssen. Bereits vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen müssen bestimmte Fragen geklärt werden, die weitreichende Konsequenzen auf das Verhandlungsergebnis haben können: Wer gilt als "Konfliktpartei"? Wo wird verhandelt? Worüber wird verhandelt? Günstig auf die Erfolgswahrscheinlichkeit von Verhandlungen wirkt sich aus, wenn alle relevanten Konfliktparteien von Anfang an den Verhandlungen teilnehmen können.⁸⁵ Die Nichtbeteiligung relevanter Konfliktparteien zieht in der Regel Verhandlungen in die Länge, da die unberücksichtigten Gruppierungen zunächst um die Anerkennung ihrer Legitimität streiten. Abkommen, die ohne die Einbeziehung wichtiger Beteiligter zustandekommen, setzen sich zudem der Gefahr aus, daß sie von diesen Gruppierungen nicht beachtet werden, da sie bei der Ausarbeitung nicht partizipieren konnten und sich infolgedessen auch nicht an die Abmachungen gebunden fühlen. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, daß nicht nur der Irak und die USA beteiligt werden müssen, sondern auch die Vertreter der jetzigen Exilregierung Kuwaits. Nicht ganz abwegig erscheint die Einberufung einer umfassenden Nahost-Konferenz unter Einbeziehung Israels und der Palästinenser zu einem Zeitpunkt, an dem grundsätzliche Einigung über die Verklammerung beider Problembereiche erzielt worden ist.

Eine weitere Frage betrifft das Problem, wo verhandelt werden soll.⁸⁶ Der Wahl des Konferenzortes kommt häufig eine hohe symbolische Bedeutung zu. Wird ein Ort in einem neutralen Land ausgewählt, so deutet dies auf eine annähernde Gleichgewichtigkeit der Konfliktparteien und den Willen, zu einer Übereinkunft zu gelangen, hin. Ein Vermittler sollte darauf achten, daß den unterlegenen Konfliktparteien kein "Canosagang" in die Hauptstadt der stärkeren Konfliktpartei zugemutet wird, um ihr einen Gesichtsverlust zu ersparen und keinen Keim für zukünftige Konflikte oder Ressentiments entstehen zu lassen.

Nicht unwichtig für einen Vermittler ist die Auslotung des Verhandlungsspielraumes und der Autorität der jeweiligen Unterhändler. Sinnvoll erscheint den meisten Autoren, daß möglichst mit hohen Repräsentanten verhandelt wird, da sonst die Gefahr besteht, daß sich Verhandlungen längere Zeit dahinschleppen, weil die Unterhändler neue Instruktionen einholen müssen bzw. unter Umständen Mühe haben, Übereinkommen in ihrem jeweiligen Land durchzusetzen. Kennt der Vermittler den Verhandlungsspielraum der Konfliktparteien, kann er seine Strategie dementsprechend ausrichten. Zeigt sich beispielsweise, daß eine Konfliktpartei nicht konzessionsbereit ist, weil ihr hierfür die Unterstützung der öffentlichen Meinung im jeweiligen Land fehlt, kann der Vermittler versuchen, mit Appellen oder Berichten über den Fortschritt der Verhandlungen Einfluß auf jene zu nehmen.⁸⁷

Als essentielle Grundbedingung für den Erfolg einer Vermittlungsaktion wird im allgemeinen das Vorhandensein von Vertrauen genannt. Es empfiehlt sich daher bereits im Verlauf des Verhandlungsprozesses eine Strategie der vertrauensbildenden Maßnahmen.

In der Literatur werden nun verschiedene Methoden genannt, wie der Verhandlungsprozeß strukturiert werden kann. Eine häufig verwendete Methode ist das *Ein-Text-Verfahren*. Der Vermittler hört sich in diesem Falle zunächst die Positionen der Konfliktparteien an und entwickelt daraus einen Lösungsvorschlag, von dem er annimmt, daß er den Vorstellungen beider Konfliktparteien am ehesten nahekommt. Diesen Vorschlag legt er dann beiden Parteien vor. Diese können den Entwurf kritisieren und Verbesserungsvorschläge vorbringen, die der Vermittler wiederum in dem Lösungsvorschlag verarbeitet und anschließend eine modifizierte Fassung vorlegt. Dieser Prozeß geht solange, bis beide Seiten keine Möglichkeit zur Verbesserung des Vorschlages mehr sehen und dieser zur Empfehlung reif ist.

Ein weiteres Verfahren besteht darin, den Konflikt in seine **einzelnen Bestandteile aufzuspalten** (*fractionating conflict*) und über diese einzeln zu verhandeln, wobei in der Regel mit dem am leichtesten zu lösenden Problem begonnen und mit der schwierigsten Frage geendet werden sollte.⁸⁸ Für den Kuwait-Konflikt würde dies beispielsweise bedeuten, daß man das Gesamtproblem in einzelne, separat zu behandelnde Fragen aufspaltet, d.h. zunächst Kommissionen bildet, die die Truppenrückzugsmodalitäten, die Grenzfrage, die Schuldenproblematik und schließlich den Konflikt um Förderquoten separat behandelt. Eine Modifikation dieses Verfahrens ist die von Zartman vorgeschlagene *formula/detail*-Methode. Hier wird zunächst nach einer für alle Parteien akzeptablen allgemeinen Lösungsformel gesucht (z.B. in den Camp David-Verhandlungen: "Land gegen Frieden".) Hat man sich auf diese Lösungsformel geeinigt, beginnt der meist sehr viel schwierigere Prozeß, diese Formel mit konkreten Bestimmungen auszufüllen.⁸⁹

Auch der umgekehrte Weg ist denkbar: Anstatt einen Konflikt in seine einzelnen Bestandteile zu zerlegen, kann eine Strategie gewählt werden, in der die Verhandlungsmasse durch Verknüpfung zweier strittiger Fragen insgesamt vergrößert wird.⁹⁰ Kennzeichen dieser sogenannten **Paketlösungen** oder *Junktims* ist, daß alle Streitpunkte gleichzeitig behandelt werden. Sieht eine Konfliktpartei die Gefahr, daß sie ihre Vorstellungen in einer ihr besonders wichtig erscheinenden Streitfrage nicht durchsetzen kann, vermag sie

durch Zugeständnisse in anderen Fragen, die ihr selbst weniger vordringlich, ihrem Kontrahenten dafür um so wichtiger erscheinen, in der Hoffnung Zugeständnisse machen, daß dieser in der ihr wichtigen Frage seinerseits Entgegenkommen zeigt.

Als weiteres Verfahren ließe sich das in der Literatur von Burton empfohlene *Workshop-Verfahren*, in dem hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft der beiden Konfliktparteien sich mit einer interdisziplinär zusammengesetzten Gruppe von Wissenschaftlern zusammensetzen und gemeinsam nach konstruktiven Lösungen suchen, die den Interessen beider Konfliktparteien gerecht werden.⁹¹ Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist die Überlegung, daß Konflikte von der subjektiven Wahrnehmung der Akteure determiniert sind. Ähnlich wie beim Zartman'schen Ansatz besteht die Zielsetzung des Vermittlers in einer Veränderung dieser Wahrnehmung. Im Unterschied hierzu setzt Burton jedoch nicht auf die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, sondern der individuellen Sichtweise der Beteiligten durch das Mittel der kontrollierten Kommunikation (*controlled communication*).⁹² Fraglich ist im vorliegenden Fall, ob derzeit die Voraussetzungen für den skizzierten Prozeß gegeben sind.

6. Resümee

Ob sich die gegenwärtige Krise auf friedliche Art und Weise beilegen läßt, ist ungewiß. Zwar setzt sich der Truppenaufmarsch am Golf mit unverminderter Geschwindigkeit fort und das Ende des UNO-Ultimatums rückt unablässig näher, doch vollziehen sich hinter den Kulissen fieberhafte diplomatische Aktivitäten, die Anlaß zur Hoffnung auf eine politische Lösung geben.

Im Hinblick auf die in Kapitel 5 skizzierten Lösungsansätze der Konflikttheorie zielt die Diplomatie der USA, die militärische Option durch entsprechende Truppenverstärkungen einerseits glaubhaft zu machen, andererseits aber Saddam Hussein Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, in die richtige Richtung. Gesprächsbereitschaft allein indessen ergibt noch keine Konfliktlösung. Parallel zum militärischen Druck auf den Irak müssen daher Anreize für einen Rückzug Iraks aus Kuwait geschaffen werden. Wie aus der Analyse hervorgeht, reicht die Verhandlungsmasse von einer zeitlichen Terminierung des Truppenrückzugs, über einen Schuldenerlaß und die Regelung territorialer Streitigkeiten bis hin zu einer Einbeziehung anderer regionaler Konflikte in einer umfassenden Nahost-Konferenz. Denn selbst wenn sich die aktuelle Krise jetzt friedlich beilegen lassen sollte, bleibt die Zukunft dieser Region ungewiß, einer Region, in der sich ein immenses Waffenpotential, nahezu unüberbrückbare politische Gegensätze, religiöser Radikalismus und wirtschaftliche Interessen in einer Atmosphäre gegenseitiger Spannung zu einem explosiven Gemisch verbunden haben. Kurz- und mittelfristig wird einerseits die Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in der Region notwendig, um unberechenbare Diktatoren vom Schlage eines Saddam Hussein in ihre Schranken weisen zu können. Dies könnte nach einem eventuellen Rückzug aus Kuwait mit Hilfe einer von UNO-Blauhelmen kontrollierten Pufferzone um die gefährdeten Gebiete, also auch an der Grenze zu Saudi-Arabien und Jordanien, erfolgen. Dabei wäre aus Rücksicht auf arabische Empfindlichkeiten darauf zu achten, daß nach Möglichkeit keine Truppen aus westlichen Industrienationen in der Region stationiert werden. Mehr denn je ist daher auch eine Lösung des Palästinenser-Problems erforderlich, denn in der Tat unterminiert es auf Dauer die Glaubwürdigkeit der UNO, wenn ihre Resolutionen auf der einen Seite mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden und auf der anderen Seite jahrzehntelang Untätigkeit herrscht. Für die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens muß andererseits als Fernziel die umfassende Neuorientierung der regionalen Staatenordnung im Sinne einer Entschärfung der regionalen, in der Kolonialzeit verstärkten und danach von den lokalen Akteuren teilweise instrumentalisierten Konfliktpotentiale (Grenzziehung, mangelnde Legitimation der Herrschaftsordnung, ungleiche Verteilung ökonomischer Macht) ins Auge gefaßt werden. Für die Staaten des Nahen Ostens ergibt sich die Notwendigkeit einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung, damit sie einen Lebensstandard erlangen, der nicht nur den Emiren und Scheichs, sondern auch der breiten Masse der meist verarmten Bevölkerung Prosperität sichert. Bei all diesen Lösungsansätzen ist allerdings auf den unterschiedlichen Zeithorizont zu achten, den ihre Durchsetzung erfordert.

Fernziel für die Industriestaaten muß es sein, sich durch entsprechende Einsparungen weniger abhängig vom Ölimport aus der Region zu machen, womit auch der "Zwang" zur Intervention geringer würde. Gleichzeitig ist ein neuer Verhaltenskodex im Hinblick auf die Waffenexportpolitik der Ersten und Zweiten Welt erforderlich.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß eine politische Lösung möglich ist, ohne daß Saddam Hussein allzuviel Gewinn aus seiner Aktion zieht. Die gegenwärtige Krise könnte sogar durchaus als Katalysator für eine stabilere Ordnung im Nahen Osten dienen. Ob militärische Drohungen allein ausreichen werden, Saddam Hussein zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen, ist zweifelhaft. Um begrenzte Zugeständnisse an Saddam Hussein - etwa im Streit um die Inseln oder in der Schulden-Problematik - wird man nicht herumkommen. Angesichts der schwerwiegenden politischen Fehler, die von den Industriemächten in den vergangenen vier Jahrzehnten in der Region begangen wurden, ist dieser Preis allerdings nicht zu hoch.

7. Anmerkungen

1. Zahlen nach Steinbach / Robert 1988, Koszinowski / Mattes 1990 und Fischer Weltalmanach 1990. Die verwendete Literatur ist in der Bibliographie am Ende wiederzufinden.
2. AdG 1961, 920
3. Zur Rechtslage im Grenzstreit vgl. Weller, Marc: Die Gebietsansprüche des Saddam Hussein. In: SZ 7.8.1990.
4. AdG 1958, 7369
5. Brecher u.a. 1988, 252.
6. Honegger 1983, 96.
7. AdG 1962, 9642
8. Spiegel 17 (1963) 17, 70
9. AdG 1963, 10803
10. AdG 1963, 10849.
11. Butterworth 1976, 466.
12. Butterworth 1976, 466.
13. AdG 1973, 12907.
14. Butterworth 1976, 467.
15. AdG 1973, 17908
16. Brecher u.a. 1988, 301.
17. AdG 1973, 17914
18. Butterworth 1976, 468.
19. Butterworth 1976, 468.
20. Goodhind, G. / Degenhardt, H.W.: Iraq - Kuwait. In: Day 1987, 244-247.
21. Goodhind, G. / Degenhardt, H.W.: Iraq - Kuwait. In: Day 1987, 247
22. Koszinowski/Mattes 1989, 65
23. NZZ 21./22.10.1990
24. AdG 1990, 34745, 34762.
25. Vgl. Bahadir, S.A.: Saddam Hussein und der "Club der Reichen". Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait. In: Nirumand 1990, 100-116.
26. NZZ 21.7.1990.
27. Die Zeit 28.9.1990.
28. Als Indiz hierfür kann die Ankündigung Saddam Husseins gewertet werden, seine Truppen am 5. August aus Kuwait zurückzuziehen, wie die FR (6.8.1990) meldet.
29. vgl. dazu: L'effondrement d'un ordre arabe archaïque. In: Le Monde Diplomatique (Paris) Septembre 1990
30. AdG 1990, 34763.
31. NZZ 1./2.8.1990.
32. AdG 1990, 34764.
33. Vgl. dazu May 1990.
34. NZZ 14.8.1990.
35. Anzumerken ist jedoch, daß Kuwait mit jährlich ca. 500 Mio. US\$ eine der größten und finanzstärksten Organisationen für Wirtschaftshilfe, den "Kuwait Fund for Arab Economic Development (IKFAED)" unterhielt, der in 52, nicht ausschließlich arabischen Staaten, Entwicklungsprojekte durchführte. vgl. Steinbach/Robert 1988, 234
36. NZZ 12./13.8.1990.

37. NZZ 16.8.1990.
38. NZZ 16.8.1990.
39. vgl. dazu: Picard, Elisabeth: Les ventes d'armes à l'Irak: une simple question d'argent. In: Le Monde Diplomatique (Paris) Septembre 1990.
40. NZZ 17.8.1990.
41. Von Volkswirtschafts-Experten wird jedoch bezweifelt, daß ein Embargo den Irak kompromißbereit machen könnte. So sei es möglich, die Nahrungsmittel-Importe fast vollständig zu substituieren; Importe von Nichtnahrungsgütern seien ohnehin für jede Nation verzichtbar. Vgl. Thurow, Lester C.: Mittel ohne Wirkung. In: Die Zeit 39, 21.9.1990
42. NZZ 18.8.1990.
43. NZZ 21.8.1990.
44. NZZ 24.8.1990.
45. NZZ 28.8.1990.
46. NZZ 4.9.1990.
47. NZZ 6.9.1990.
48. NZZ 7.9.1990.
49. NZZ 9./10.9.1990.
50. SZ 18.9.1990.
51. SZ 24.9.1990.
52. Le Monde 26.9.1990.
53. SZ 27.9.1990.
54. SZ 5.10.1990. Mitterrand besuchte als erster Staatschef eines Industrielandes das Krisengebiet nach der Besetzung Kuwaits durch Irak.
55. SZ 3./4. 11.1990
56. NZZ 11./12.11.1990
57. "Um es auf das Niveau eines normalen Amerikaners zu bringen, lassen sie es mich sagen, es bedeutet Arbeitsplätze." Baker zit. n. SZ 15.11.1990
58. NZZ 27.11.1990
59. zit. n. SZ 1./2.12.1990. 12 der 15 Sicherheitsratsmitglieder votierten für den amerikanischen Resolutionsentwurf, Kuba und der Jemen stimmten dagegen, China enthielt sich der Stimme.
60. Hottinger, Arnold in NZZ 4.12.1990, S.2
61. Zitat Pfetsch / Billing 1990, 14.
62. Vgl. Pfetsch / Billing 1990, 14f.
63. Die Frage der Gerechtigkeit und der moralischen Einwände, dem Diktator Saddam Hussein mit einer Verhandlungslösung gewissermaßen eine "Belohnung" für seine Aggression anzubieten, sei an dieser Stelle angesichts der realen Bedrohung für das Leben Hunderttausender von Menschen hintangestellt. Die vielzitierte "Verantwortung" des Westens für die Wahrung des Völkerrechts kann jedenfalls nicht allzu ausgeprägt gewesen sein, als es darum ging, den irakischen Diktator in den 80er Jahren mit milliardenschweren Waffenlieferungen im Krieg gegen den vermeintlich noch gefährlicheren "Bösewicht" Chomeini zu versorgen, wo man genau wußte, daß er beispielsweise Giftgas gegen den Iran und sogar gegen einen Teil seines eigenen Volkes (die Kurden) einsetzte. Seit Jahren lagen im Westen Informationen vor, die das Regime Saddam Husseins als eines der totalitärsten und brutalsten Regimes auch außerhalb der arabischen Welt qualifizierten.
64. Vgl. hierzu auch die Arbeiten von Bercovitch 1984, 1985 und 1986.
65. Vgl. Zartman 1985.
66. Zur Terminologie vgl. Snyder / Diesing 1977, 14ff.
67. Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Lösungsstrategie ist allerdings ein rationales Kalkül der Akteure und das Ausschließen von Fehlperzeptionen. Daß Saddam Hussein nicht der "Irre von Bagdad" ist, sondern in seinem Sinne auf den internationalen Druck bislang durchaus geschickt reagiert hat - erinnert sei nur an Verknüpfung der Palästinenser-Frage mit dem Kuwait-Problem, mit der er die arabischen Massen hinter sich brachte oder das Angebot an die Dritte Welt,

kostenlos Öl zu liefern - dürfte inzwischen hinlänglich bekannt sein. Ob er allerdings das Ausmaß seiner internationalen Isolation bisher wahrgenommen hat, darf indessen in Frage gestellt werden. Die Experten sind sich darüber einig, daß er zumindest die veränderte Weltlage im Hinblick auf das Ende der Ost-West-Konfrontation falsch eingeschätzt hat. Insofern ist die Mission von US-Außenminister Baker nach Bagdad positiv zu beurteilen, da er Saddam das Ausmaß seiner Isolation klar machen kann.

68. Zu diesen sogenannten "positiven" Sanktionen (Anreizen für politische Konzessionen) siehe z.B. Lawson 1985.
69. Präsident Carter versprach den Israelis als "Belohnung" für ihren Rückzug aus dem Sinai u.a. den Bau von Flugplätzen. Finanzielle Zugeständnisse wurden vor allem im zweiten Camp-David-Abkommen gewährt. Siehe Wall 1981, 165 und AdG 1979, 22523.
70. Vgl. Stephenson 1981, 100
71. Vgl. Senghaas 1989.
72. Zahlreiche lange existierende Territorialkonflikte, z.B. in Lateinamerika, erhielten erst dann ein gewisses Eskalationspotential, als in den umstrittenen Gebieten Bodenschätze gefunden wurden. Als Beispiel seien hierfür die Inseln im Beagle-Kanal genannt oder das zwischen Nicaragua und Honduras umstrittene erdölreiche Grenzgebiet, aber auch zahlreiche Konflikte im Zusammenhang mit der Neuregelung der Nutzung des Meeresbodens.
73. Siehe hierzu z.B. Burton 1972.
74. Zitat Zartman 1985, 242. Siehe auch Fisher / Ury 1988.
75. Zitat Zartman 1985, 236. Zu überprüfen wäre allerdings noch, ob dieses für Konflikte in Afrika entwickelte Modell angesichts der größtenteils von der ideologischen Mobilisierbarkeit der Bevölkerung abhängigen Konfliktstrategie im Nahen Osten anwendbar ist.
76. Zur Typologisierung verschiedener Krisenbegriffe siehe z.B. Ruloff 1985.
77. Zum Begriff der Vermittlung siehe z.B. Touval/Zartman 1985, 7. Siehe hierzu auch Levine 1971, 26.
78. Wobei zu bedenken ist, daß Staaten oder Internationale Organisationen selbstverständlich ebenfalls von Personen repräsentiert werden. Der Unterschied besteht darin, daß jene im Auftrag der Organisation bzw. des Staates agieren. Vgl. Frei 1975, 465.
79. Siehe Young 1968, 81ff. Zu den erwünschten Eigenschaften des Vermittlers siehe auch Wehr 1979.
80. Die Frage der Unparteilichkeit eines Vermittlers wird in der Literatur kontrovers diskutiert. An Hand der Beispiele des Abkommens von Camp David oder des Kaschmir-Konflikts (Taschkent 1966) wird deutlich, daß auch ein parteischer Vermittler durchaus Erfolg haben kann. Zum Problem der Unparteilichkeit der Dritten Partei siehe auch Jackson 1952, 132, James 1969, 37 oder Bailey 1990.
81. Siehe hierzu Young 1968, 84 oder Schelling 1960, Kap. 2-4.
82. Siehe Butterworth 1976, 29f.
83. Vgl. den Beitrag von Gary Sick: The Partial Negotiator: Algeria and the U.S. Hostages in Iran. In: Touval / Zartman 1985, 21-66.
84. Le Monde 26.9.1990.
85. Vgl. Burton; in: Azar/Burton 1986, 106.
86. Grewe 1970, 509.
87. Eine solche Strategie verfolgte z.B. Kardinal Samoré während seiner Vermittlungstätigkeit im Beagle-Kanal-Konflikt. Mehrfach veröffentlichte der Vatikan im Osservatore Romano, dem "Hausblatt" des Vatikans Appelle an die Konfliktparteien zur friedlichen Beilegung des Konfliktes, so z. B. am 24. 4. 1984, am 17. 2. 1984 oder am 8. 10. 1982; Vgl. auch FAZ 4. 5. 1982.
88. Siehe z.B. Fisher, R.: Fractionating Conflict; in: Fisher 1964, 93 oder Stephenson 1981, 92.
89. Vgl. Zartman 1978.
90. Siehe hierzu Grewe 1970, 536ff. oder Iklé 1965, 227.
91. Siehe z.B. Burton; in: Azar/Burton 1986, 93ff.
92. Zur Kritik dieses Ansatzes siehe z.B. Yalem 1971 oder Kelman 1972.

8. Bibliographie

- Azar, E.E. / Burton, J.W. (eds.): *International Conflict Resolution*. Brighton 1986.
- Bailey, Sidney D.: *Four Arab-Israeli Wars and the Peace Process*. London: Macmillan 1990.
- Bercovitch, Jacob: *Social Conflicts and Third Parties: Strategies of Conflict Resolution*. Boulder 1984.
- Bercovitch, Jacob: *Third Parties in Conflict Management: The Structure and Conditions of Effective Mediation in International Relations*. In: *International Journal* 40 (1985) 4, 736-752.
- Bercovitch, Jacob: *International Mediation: A Study of the Incidence, Strategies and Conditions of Successful Outcomes*. In: *Cooperation and Conflict*, 21 (1986), 155-168
- Billing, Peter / Trautner, Bernhard J.: *Chronik eines angekündigten Krieges. Zum zeitgeschichtlichen Hintergrund des Konfliktes zwischen Irak und Kuwait*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 35 (1990) 12, 1454 - 1460.
- Burton, John W.: *The Resolution of Conflict*. In: *International Studies Quarterly* 16 (1972), 5-29
- Brecher, M./ Wilkenfeld, J./ Moser, S.: *Crises in the Twentieth Century, Vol. 1. Handbook of International Crises. Vol. 2 Handbook of Foreign Policy Crises*. Oxford / New York 1988.
- Butterworth, Robert L.: *Managing Interstate Conflict, 1945-1974. Data with Synopses*. Pittsburgh 1976.
- Cohen, Herbert: *You Can Negotiate Anything*. Secaucus 1980.
- Farouk-Sluglett, M./Sluglett, P.: *Iraq since 1958. From Revolution to Dictatorship*. London: Kegan Paul 1987.
- Fisher, Roger: *Fractionating Conflict*. In: *Daedalus* (Summer 1964), 920-941.
- Fisher, Roger: *International Mediation*. International Peace Academy. New York 1978.
- Fisher, Roger / Ury William: *Das Harvard-Konzept. Sachgerecht verhandeln - erfolgreich verhandeln*. Frankfurt / M.: Campus 1988
- Frei, Daniel: *Erfolgsbedingungen für Vermittlungsaktionen in internationalen Konflikten*. In: *PVS* 16 (1975) 4, 447-490.
- Gantzel, K.J./Meyer-Stamer, J.(Hg.): *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1984*. München: Weltforum 1986.
- Grewe, Wilhelm: *Spiel der Kräfte in der Weltpolitik*. Düsseldorf 1970.
- Day, Alan J. (ed.): *Border and Territorial Disputes*. Harlow/Essex: Longman 1987. S.244-247
- Haas, Ernst B.: *Regime Decay: Conflict Management and International Organizations, 1945-1981*. In: *International Organization* 37 (1983) 2, 189-256.
- Haltzel, Michael H.: *Die Vereinigten Staaten, Europa und die Golf- Krise*. In: *Europa-Archiv* 45 (1990) 18, 533-542.
- Honegger, Claude: *Friedliche Streitbeilegung durch regionale Organisationen*. Zürich: Schulthess 1983.
- Holsti, Kalevi J.: *Resolving International Conflicts: A Taxonomy of Behaviour and some Figures on Procedure*. In: *Journal of Conflict Resolution* 10 (1967) 3, 272-276.
- Holsti, Kalevi J.: *International Politics: A Framework for Analysis*. Englewood Cliffs 1983.
- Iklé, Fred C.: *How Nations Negotiate*. New York 1964.
- International Institute for Strategic Studies (ed): *The Security of the Persian Gulf*. 4 Vols. Farnborough, England
 Vol.I: Chubin, Shahram: *Domestic Political Factors*. 1982
 Vol.II: Litwak, Robert: *Sources of Interconflict*. 1981
 Vol.III: Plascov, Avi: *Modernization, Political Development and Stability*. 1982
 Vol.IV: Chubin, Shahram: *The Role of Outside Powers*. 1982
- Jackson, E.: *Meeting of Minds*. New York 1964.
- James, A.: *The Politics of Peace-Keeping*. New York/Washington 1969.
- al-Khali, Samir: *Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq*. Berkeley/Ca.: UP 1989.
- Kende, István: *Über die Kriege seit 1945*. In: *Friedens- und Konfliktforschung* 16 (1982).
- Koszinowski, Th./Mattes, H. (Hrsg.): *Nahost Jahrbuch 1989*. Opladen: Leske + Budrich (Deutsches Orient-Institut/Hamburg) 1990
- Lawson, F.: *Using Positive Sanctions to End International Conflicts: Iran and the Arab Gulf Countries*. In: *Journal of Peace Research* 20 (1983) 4, 311-328.
- Lebow, R.N.: *Between Peace and War*. Baltimore 1981.
- Levine, E.P.: *Mediation in International Politics*. In: *Peace Research Society Papers*, 13 (1971), 23-43.
- May, Bernhard: *Die Kuwait-Krise und die Energiesicherheit des Westens. Arabisches Öl als Dauerproblem*. In: *Europa-Archiv* (1990) 18, 543-552.
- Nirumand, Bahman (Hrsg.): *Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost*. Reinbek: Rowohlt 1990
- Pfetsch, Frank R.: *Conditions for Nonviolent Resolution of Conflicts*. In: *Non-Violence in International Crises. Proceedings of the First International Symposium on Non-Violent Solutions of International Crises and Regional Conflicts*. Frankfurt/M. 1990 (Hg. v. E.O. Czempiel, L. Kiuzadjan, Z. Masopust).
- Pfetsch, Frank R. (Hrsg.): *Konflikte seit 1945. Daten - Fakten - Hintergründe*. 5 Bde. Freiburg: Ploetz (Ersch. Anfang 1991).
- Pfetsch, Frank R. / Billing, Peter: *Analyzing Political Conflicts*. Paper prepared for the ECPR workshop on "Conflict, conflict management, conflict resolution. Theoretical concepts and empirical findings", Bochum April 1990.
- Randle, Robert F.: *The Origins of Peace*. New York 1973.
- Ruloff, Dieter: *Wie Kriege beginnen*. München: Beck 1985.
- Schelling, Thomas C.: *The Strategy of Conflict*. London 1960.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Regionalkonflikte in der Dritten Welt*. Baden-Baden: Nomos 1989.
- Singer, J.D./ Small, M.: *The Wages of War 1816-1965. A Statistical Handbook*. New York 1972.
- Small, M. / Singer, J. D.: *Resort to Arms*. Beverly Hills: Sage 1982.
- Snyder, G. H. / Diesing, P.: *Conflict Among Nations. Bargaining, Decision Making and System Structure in International Crises*. Princeton 1977.
- Steinbach, U. / Robert, R. (Hg.): *Der Nahe und Mittlere Osten: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur*. Bd. 2: *Länderanalysen*. Opladen: Leske + Budrich 1988.
- Touval, S. / Zartman, I. W. (eds.): *International Mediation in Theory and Practice*. Boulder / London: Westview 1985.
- Wehr, P.: *Conflict Regulation*. Boulder 1979.

- Weiss-Wik, S.: Enhancing Negotiators' Successfulness: A Critical Review of Self-Help Books and Related Empirical Research. In: *Journal of Conflict Resolution* 27 (1983) 4, 706-739.
- Young, Oran R.: *The Intermediaries: Third Parties in International Crises*. Princeton 1968.
- Zacher, Mark W.: *International Conflicts and Collective Security, 1946-1977*. New York 1979.
- Zartman, I. William: *The Negotiation Process*. Beverly Hills 1978.
- Zartman, I. William: *Ripe for Resolution. Conflict and Intervention in Africa*. New York 1985.
- Zartman, I. W. / Berman, M.R.: *The Practical Negotiator*. New Haven 1982.

Archiv der Gegenwart (AdG)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
Frankfurter Rundschau (FR)
Le Monde
Le Monde Diplomatique
Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
Spiegel
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Die Zeit